

STADT STUTENSEE



HAUSHALTSPLAN 2019

Haushaltsreden

Haushalt 2019

Stellungnahme der Oberbürgermeisterin und der Fraktionen

- Es gilt das gesprochene Wort -



Ansprache der Oberbürgermeisterin anlässlich der Einbringung des Haushalts 2019 bei der Gemeinderatssitzung am 26. November 2018 im Bürgersaal des Rathauses

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herren der Presse,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Einbringung des Haushaltsentwurfs im November durch die Verwaltung ist Tradition in Stutensee. Anders in diesem Jahr nicht mehr durch meinen Amtsvorgänger, sondern ich darf dies tun. Wenn Sie nun erwarten, dass alles anders ist als früher, so werde ich Sie enttäuschen. Nicht nur, dass mein Amtsantritt erst wenige

Wochen her ist, ich setze tatsächlich Vertrauen in Arbeit der Verwaltung, in deren Vorbereitung, in deren verlässliches Planen. Ich erlaube mir selbstbewusst, meine Handschrift ohne Hast in die Planung der kommenden Jahre einfließen zu lassen. In meiner Antrittsrede sagte ich schon: „Ich werde Fragen stellen, die Sie sich noch nicht gestellt haben und ich werde in Richtungen denken, die Sie bisher vielleicht nicht in Erwägung gezogen haben“. Damit habe ich begonnen, im Diskurs mit den Mitarbeitenden und mit dem Gemeinderat und den Ortschaftsräten.

Auch Stutensee steht vor großen Aufgaben und sicher nicht immer einfachen Haushaltsjahren. 2020 werden wir das neue kommunale Haushaltsrecht einführen. Es wird spannend, jedoch bin ich persönlich auch beim aktuellen Blick auf die Finanzen zuversichtlich, dass Stutensee auch diese Herausforderung gut bewältigen wird. Die Vorarbeiten dazu laufen.

Wir werden uns auch in Stutensee über unsere Strukturen, ob nun in der Verwaltung oder außerhalb, Gedanken machen und Entscheidungen treffen und wir werden gemeinsam daran gehen, Stutensee auch in Zukunft lebenswert und liebenswert zu gestalten. Und, meine Damen und Herren wir sind viele und wir sind vielfältig und das macht Stutensee attraktiv. Und das sollen alle sehen und fühlen können, wir Stutenseerinnen und Stutenseer und die die von außen auf uns schauen oder mit uns leben und arbeiten wollen. Wir sind ein offenes und sympathisches Völkchen und laden alle ein, uns so kennenzulernen.

Nun aber zum Haushalt zu dem was war und zu den Aufgaben, die vor uns liegen:

Intensiv wurde am vorliegenden Entwurf gearbeitet, insbesondere durch die Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei. Ihnen gilt mein Dank, dass wir den Haushaltsentwurf heute einbringen können.

„Ohne Städte ist kein Staat zu machen.“,

sagte Deutschlands erster Bundespräsident Theodor Heuss 1953. Der Satz veranschaulicht die Schlüsselfunktion der Kommunen in unserem Land.

Ob und wie das Zusammenleben in unserem Gemeinwesen gelingt, entscheidet sich ganz maßgeblich auf der lokalen Ebene. Ein Miteinander, über soziale, weltanschauliche und ethnische Hintergründe hinweg, können wir als Stadtgemeinschaft erreichen.

Hierfür bedarf es einer offenen Verwaltung, die sich als Dienstleisterin versteht, engagierter politischer Vertreter, aufgeschlossener Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihre Stadt und ihre Mitmenschen engagieren; die sich jenseits von Zuständigkeiten verantwortlich fühlen und aktiv sind.

Hierzu möchte ich alle Stutenseerinnen und Stutenseer ermuntern und aufrufen. Machen Sie mit und lassen Sie uns unsere Stadt gemeinsam gestalten.

Führen wir einen Zukunftsdialog und gehen wir mit vereinten Kräften ein ganzheitliches Stadtentwicklungskonzept für Stutensee an – unser Stutensee.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir ein Anliegen, die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen. Wenn wir heute den Entwurf des Haushaltsplans einbringen, tun wir das nicht aus einem Selbstzweck heraus. Wir zeichnen damit den Weg, den wir für unsere Stadt gehen wollen und zeigen die Entwicklungen auf, die wir für sinnvoll erachten. Entscheidend ist, klug abzuwägen und die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Bevor ich Ihnen nun die Eckpunkte unseres Haushaltsentwurfs vortrage, möchte ich nochmals auf den Satz von Theodor Heuss zurückkommen.

„Ohne Städte ist kein Staat zu machen.“

Ich möchte diesen Satz aufgreifen und daran anknüpfen:

„Ohne Bürgerinnen und Bürger ist keine Stadt zu machen.“

Der vorliegende Haushaltsentwurf wurde am 15. November auf unserer Homepage veröffentlicht und steht somit auch Ihnen liebe Bürgerinnen und Bürger im gleichen Umfang wie den Gremien zur Verfügung.

Ich werde Ihnen den Entwurf des Haushaltes nun vorstellen und darf Sie schon heute zur öffentlichen Beratung in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik und des Ausschusses für Verwaltung und Soziales am Freitag, den 30. November, ab 14 Uhr hier in den Bürgersaal einladen. Dort werden wir den Haushalt im Detail öffentlich beraten und im Dezember dann im Gemeinderat nochmals beraten und beschließen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf hat eine Besonderheit: Es ist der letzte Haushalt nach dem alten Haushaltsrecht.

Zunächst einige detailliertere Daten zum Verwaltungshaushalt:

Er umfasst für die laufenden Einnahmen und Ausgaben ein Volumen von rund 75,9 Mio. EUR.

Die um die kalkulatorischen Einnahmen und die inneren Verrechnungen gekürzten Einnahmen steigen gegenüber dem Vorjahr um ca. 3,9 Mio. EUR. An Gewerbesteuer haben wir aktuell 6,4 Mio. EUR angesetzt. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen legen wir noch fest, ob wir den Ansatz wegen der positiven Entwicklung in 2018 noch erhöhen können.

Die Personalausgaben steigen gegenüber 2018 um ca. 6% auf 15,2 Mio. EUR. Was das Personal angeht, so stehe ich aktuell im Austausch mit allen Mitarbeitenden. Mein Credo ist: „Die Arbeit muss grundsätzlich in die Arbeitszeit passen“. Hier werden wir uns gemeinsam anschauen, ob dem

Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Haushalt 2019

so ist. Falls nein, weshalb nicht. Wir werden uns sicher auch Fragen zu internen Strukturen und Arbeitsabläufen machen. Kundenzufriedenheit und Effizienz sind das eine, Mitarbeiterzufriedenheit nicht zuletzt durch transparente Strukturen das andere, gerade im Wettstreit um gute Mitarbeitende.

Die Sachausgaben um ca. 15% auf 11,4 Mio. EUR und die Zuweisungen sinken um ca. 1% auf 5,5 Mio. EUR. Die Steigerung der Sachausgaben fällt in 2019 insbesondere wegen der Verlagerung von Ausgaben aus dem Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt höher aus (Bsp. Planungskosten im Vorgriff auf NKHR).

Auch in diesem Jahr haben wir eine globale Minderausgabe, die die wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung fördern soll, veranschlagt. Mitte des Jahres werden wir entscheiden, ob wir diese globale Minderausgabe aufrechterhalten oder nicht. Mit Verlaub „Gießkanne“ ist nicht mein Prinzip.

Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt beträgt 3,4 Mio. EUR. Damit erreichen wir sowohl die Mindestzuführungsrate als auch die Sollzuführungsrate nach dem alten Haushaltsrecht.

Der Vermögenshaushalt für das Jahr 2019 umfasst für die investiven Einnahmen und Ausgaben ein Volumen von rund 12,3 Mio. EUR.

Geplant sind Investitionen in Höhe von rund 9,1 Mio. EUR.

Die größten Investitionsbereiche im Jahr 2019 sind die Schulen (ca. 3,1 Mio. EUR), die Kindergärten (ca. 1 Mio. EUR), der Sportbereich (ca. 0,9 Mio. EUR) und der Straßenbau (ca. 1,6 Mio. EUR).

Weiterhin planen wir Grundstücksankäufe inklusive Ersatz an Erschließungsträger für 2,8 Mio. EUR. Für die verschiedensten Zwecke. Etwa auch für Flächen im Außenbereich für Blühwiesen und andere ökologische Nutzen (Erhöhung insoweit von 200.000€ auf 700.000€).

Für die Tilgung von Krediten sind 0,4 Mio. EUR geplant.

Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt über Einnahmen aus Investitionen und Zuschüssen in Höhe von 1,4 Mio.€, aus dem Verkauf von Grundstücken in Höhe von 2,6 Mio. € (Bsp. 24-Morgenäcker), aus der bereits erwähnten Zuführungsrate in Höhe von 3,4 Mio. Euro, und Kreditaufnahmen in Höhe von 4,8 Mio. EUR.

Für Maßnahmen, die im Jahr 2019 begonnen werden und deren Realisierung sich über mehrere Jahre erstreckt, haben wir im Vorgriff auf zukünftige Haushalte Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 5,5 Mio. EUR veranschlagt. Es handelt sich um Pflichtaufgaben (Bsp. Schulbau, Brandschutz etc.) oder um Maßnahmen, die zur Realisierung von Einnahmen notwendig sind.

Wir starten in das Haushaltsjahr 2019 voraussichtlich mit einem Rücklagenbestand von ca. 1,5 Mio. EUR. Der Mindestbestand beträgt ca. 1,4 Mio. EUR. Somit ist keine weitere Entnahme mehr möglich.

Der Schuldenstand zum Jahresende 2018 liegt voraussichtlich bei 12,1 Mio. EUR.

Zum Jahresende 2019 wird der Schuldenstand dann voraussichtlich auf 16,6 Mio. EUR steigen.

Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Haushalt 2019

Im Finanzplanungszeitraum vom Jahr 2020 bis zum Jahr 2022 sind weitere Investitionen in Höhe von 19,5 Mio. EUR geplant.

Die größten Investitionsbereiche sind die Schulen (ca. 5,2 Mio. EUR), die Kindergärten (ca. 1 Mio. EUR), der Sportbereich (ca. 6,0 Mio. EUR), der Straßenbau (ca. 3,5 Mio. EUR) und der ÖPNV (ca. 1,0 Mio. EUR).

Der Bau einer neuen Mehrzweckhalle im Stadtteil Staffort wurde ebenfalls in die Finanzplanung mit Ausgaben in Höhe von 5,4 Mio. EUR aufgenommen. Maßgebend hierfür war insbesondere, dass der Bund ein Zuschussprogramm aufgelegt hat. Wir erhoffen uns hieraus einen Zuschuss in Höhe von 2,4 Mio. EUR. Zusätzlich erhoffen wir uns Zuschüsse vom Land in Höhe von 0,4 Mio. EUR. Wenn wir diese hohen Zuschüsse nicht erhalten und auch nicht anderweitig akquirieren können, muss der Zeitpunkt der Realisierung der Mehrzweckhalle nochmals überprüft werden. Insgesamt werden wir in Zukunft immer wieder Schwerpunkte setzen müssen.

Weiterhin sind Grundstücksankäufe 2020 bis 2022 inklusive Ausgaben an Erschließungsträger in Höhe von 8,7 Mio. EUR geplant. Die Ausgaben für Tilgungen betragen 1,6 Mio. EUR.

Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt über Einnahmen aus den Investitionen und Zuschüssen in Höhe von 4,6 Mio. EUR, aus dem Verkauf von Grundstücken in Höhe von 19,1 Mio. EUR, aus der Zuführungsrate in Höhe von 7,4 Mio. EUR.

Zusätzlich können wir voraussichtlich noch 1,4 Mio. EUR bei den Krediten sondertilgen.

Zum Jahresende 2022 wird der Schuldenstand dann wieder auf ca. 13,6 Mio. EUR sinken. Zum Vergleich: Zum Jahresende 2018 rechnen wir mit einem Schuldenstand von ca. 12,1 Mio. EUR. Die Rücklage würde weiterhin ca. 1,5 Mio. EUR betragen, was der Mindestrücklage entspricht.

Mit diesem Investitionsvolumen zeigt sich, wie hoch die Aufwendungen sind, um das vorhandene Vermögen durch Sanierungen zu erhalten oder durch Neubauten zu ersetzen.

Unsere derzeit größte finanzielle Herausforderung ist die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) zum 01.01.2020. Ab diesem Zeitpunkt muss der bereits in der Vergangenheit vorhandene, aber nicht ausgewiesene jährliche Ressourcenverbrauch – unter anderem Abschreibungen – erwirtschaftet werden. Die Höhe der Abschreibungen für das vorhandene Vermögen wird aktuell ermittelt und wir werden ihn Ende des Jahres 2019 erfahren.

Vor diesem Hintergrund hatte die Verwaltung dem Gemeinderat bei den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2018 empfohlen, mit größeren Investitionen, ausgenommen Pflichtaufgaben, abzuwarten, bis die Höhe der Abschreibungen für das vorhandene Vermögen bekannt sind.

Dies war auch Vorgabe für die Mittelanmeldungen für den Haushaltsplan 2019.

Aber Stillstand soll nicht die Zukunft Stutensees sein!

Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2019 konnten wir nämlich aufgrund der Prognosen des Landes Baden-Württemberg im Rahmen des Haushaltserlasses von einer weiterhin florierenden Wirtschaft und entsprechend steigenden Steuereinnahmen ausgehen.

Anfang November haben die „Wirtschaftsweisen“ nun zwar mitgeteilt, dass ungünstigere außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen, Fachkräftemangel und Kapazitätsengpässe die Konjunktur kräftiger als bislang angenommen bremsen. Wir müssen daher auch die Entwicklung

abwarten. Eventuell können wir zu den Haushaltsberatungen am 30. November 2018 mehr sagen. Was schon feststeht, ist die Senkung der Kreisumlage und somit ein Weniger an Ausgaben für Stutensee. Dieses Plus wird jedoch kompensiert durch die schlechter bewertete Herbststeuerschätzung für 2010-2022. Am Freitag haben wir dann genauere Zahlen.

Der Gemeinderat wird dann intensiv beraten. Er wird abschließend über den Entwurf unter Beachtung der dargestellten finanziellen Situation, die endgültig erst zum Jahresende 2019 beurteilt werden kann, entscheiden.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
nun möchte ich Ihnen einige Themenbereiche dieses Haushalts detaillierter darlegen. Zunächst möchte ich auf den Bereich der Kindergärten eingehen.

Erfreulicherweise ist es weiterhin so, dass die Kinderzahlen in Stutensee steigen. Ich konnte es am Freitag bei der Begrüßung der Neugeborenen in der Festhalle sehen und mich mit so vielen Eltern freuen.

Damit geht ein entsprechender Bedarf an Betreuungsplätzen in den Kindergärten einher. Die Bereitstellung von U3- und Ü3-Plätzen in jedem Stadtteil erfordert den Ausbau vorhandener Einrichtungen und Umnutzungen bestehender Räume.

2018 Sanierungen im Spöcker St. Georg, Lachwald in Büchig und Regenbogen in Friedrichstal.

In 2018 gab es viele Sanierungen:

So wurden im neuen Anbau des Kindergartens „Regenbogen“ (Friedrichstal) Personalräume, Küche, Bistro, Sanitär- und WC-Bereich sowie ein moderner Bewegungsraum geschaffen. Wir gehen damit auf aktuelle und künftige Bedürfnisse ein und können die Kindergartensituation zeitgemäß ausgestalten.

Auch im Außenbereich wurde viel investiert. Der Bereich wurde neu strukturiert und ein neues Klettergerüst in Form einer Arche errichtet. Die naturnahe Umgestaltung schafft ein attraktives und auch nach modernen pädagogischen Grundsätzen gestaltetes Außenspielgelände.

Schließlich wurden Maßnahmen im Bereich des Brandschutzes umgesetzt, zum Beispiel durch den Bau einer Fluchttreppe.

Der Kindergarten „Sonnenschein“ im Stadtteil Friedrichstal wurde bereits vor einiger Zeit bedarfsgerecht um einen zusätzlichen Kleinkindbetreuungsbereich erweitert. Nun konnte auch das Außengelände auf die Bedürfnisse unserer Jüngsten angepasst werden. Im Zuge der Umgestaltung wurde neues Spielgerät montiert, ein Sandkastenspielbereich eingerichtet und Klettermöglichkeiten geschaffen. Daneben wurde auch das Flachdach des Gebäudes saniert.

Darüber hinaus wurden das Außengelände des Kindergartens „Zauberwald“ und der Schulhof der Pestalozzi-Schule fertiggestellt.

Bei der Planung der zwei unterschiedlichen Bereiche konnten die Wünsche der Schule und des Kindergartens umgesetzt werden. Entstanden sind zwei Landschaften, in denen die Schülerinnen und Schüler und Kindergartenkinder sich ihren Altersgruppen entsprechend frei entfalten können. Im Planungskonzept wurden Bereiche für aktives Spielen, Klettern, Balancieren aber auch zum Ausruhen berücksichtigt.

Für die Pestalozzi-Schule wurde im Rahmen des Projekts "Bewegter Schulhof" ein Klettergerüst errichtet, das sehr gut angenommen wird. Ich kann es auf meinem Weg zum Rathaus immer wieder bestätigen! Der „bewegte Schulhof“ soll nach und nach an allen Stutenseer Schulen umgesetzt werden.

Insgesamt haben wir für das Gelände des Kindergartens sowie der Schule 150.000 Euro investiert.

Für die Sanierung der Sandsteinfassade des Kindergartens „Kronenstraße“ und für die Sanierung des Außengeländes des Kindergartens „Hölderlinstraße“, jeweils im Stadtteil Spöck, haben wir aufgrund entsprechender Betriebskostenvereinbarungen Investitionskostenzuschüsse gewährt. Ebenso für die Anschaffung von Möbeln in der KiTa Grashüpfer aufgrund der bedarfsgerechten Erweiterung um eine vierte Kindergartengruppe.

Für das Jahr 2019 steht die Einrichtung von zwei weiteren Kindergartengruppen am Kindergarten „Zauberwald“ im Mittelbau der Pestalozzi-Schule an. Die Umbauarbeiten haben bereits begonnen, der Betrieb soll ab März 2019 aufgenommen werden.

Im Katholischen Kindergarten St. Josef sind Umbau und Sanierung des in die Jahre gekommenen Gebäudes vorgesehen. Wir werden dazu auch mit der kath. Kirche Gespräche führen. Eine vielfältige Betreuungslandschaft für unsere Kleinsten muss und wird auch in Zukunft unser aller Ansporn und Ziel sein.

Daneben haben wir die Projektplanung für die Erneuerung des Außengeländes des Kindergartens „Arche Noah“ im Stadtteil Staffort begonnen. Die Schaffung eines Kleinkindbereichs soll hier ebenfalls realisiert werden.

Weitere Maßnahmen ist der Einbau eines Decken-Schallschutzes im Kindergärten „Märchenwald“ sowie die Erneuerung der Überdachung im Bereich der Fluchttreppe des Kindergartens „Lachwald“. Außerdem ist die Errichtung einer Gerätehütte im Kindergarten „Sonnenschein“ geplant.

Die Stadt Stutensee hat in den zurückliegenden fünf Jahren knapp 5,6 Mio. Euro in den Bereich der Kinderbetreuung U3 und Ü3 investiert. In den kommenden Jahren sind weitere Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung vorzusehen.

Durch diese Investitionen gelingt es uns, unseren Bürgerinnen und Bürgern wohnortnah und bedarfsgerecht Betreuungsplätze anzubieten, sowohl für den Kleinkindbereich als auch für Kinder über drei Jahre.

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot vorzuhalten ist für Städte und Gemeinden eine große Herausforderung, die nicht überall gemeistert werden kann.

Dass uns in Stutensee dies gelingt, ist Ausdruck der soliden Arbeit, die alle beteiligten Ämter und Mitwirkende leisten. Wir werden auch weiterhin unser Augenmerk darauf richten, unsere Angebote allen Anforderungen gerecht weiter auszubauen.

Meine Damen und Herren,

die Auszeichnung der Stadt Stutensee als „Familienbewusste Kommune Plus“ fußt auf einem breiten Fundament. Dass wir Schulen und Bildungsangebote nicht lediglich als „weiche“ Standortfaktoren ansehen, sondern als maßgebendes Teil unseres Fundaments, soll auch in Zukunft so bleiben. In Zukunft werden wir auch bei der Setzung von Schwerpunkten unserer (Haushalts-)politik besonderes Augenmerk darauf zu richten haben, dass gerade die Betreuung von U3-Kindern finanzierbar bleibt.

Nun komme ich zum Bereich der Schulen.

Mit großem Einsatz und Aufwand verbunden ist die Ertüchtigung der Gebäude für den Brandschutz. Am „Schulzentrum“ im Stadtteil Blankenloch, an der „Richard-Hecht-Schule“ im Stadtteil Spöck sowie an der „Friedrich-Magnus-Schule“ im Stadtteil Friedrichstal sind wir hier bereits aktiv.

An allen drei Schulen sind Fachplaner eingesetzt, die die erforderlichen Maßnahmen planen und umfassende Konzepte erstellen, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Die Umsetzung dieser Konzepte wird die Verwaltung in den kommenden Jahren beschäftigen.

Für die „Richard-Hecht-Schule“ ergeben sich durch den Wegfall der Werkrealschule neue Möglichkeiten, die veränderten Anforderungen, wie zum Beispiel die Verpflegung der Kernzeitkinder oder auch die Einrichtung eines Kindergartens in den Räumlichkeiten der Schule, zu berücksichtigen. Die Einrichtung einer Mensa ist vorgesehen.

Ganz allgemein wird es auch im Kernzeitbereich künftig um konzeptionelle Qualität gehen müssen.

Die Schulhofumgestaltung wurde seit Beschlussfassung im Sommer vorbereitet und wird nun seit Ende Oktober umgesetzt. Hintergrund ist die bereits angesprochene Neukonzeptionierung von Schulpausenflächen in Stutensee mit dem Ziel, das Bewegungsangebot auszubauen und gleichzeitig noch attraktiver zu gestalten.

Wir haben das Konzept in enger Abstimmung mit der Schulleitung und den Eltern erstellt. Auch die Kinder wurden in das Projekt mit einbezogen. Es gewährleistet unterschiedliche Bewegungsanreize für die Kinder und schafft dabei auch Raum für Entschleunigung und soziale Treffpunkte im Schulalltag. 120.000 Euro investieren wir insgesamt in den neuen Pausenhof.

An der „Theodor-Heuss-Grundschule“ in Büchig sind im kommenden Jahr sowohl für die Schule als auch für die Verlässliche Grundschule weitere notwendige Räume zu schaffen. Es sollte unser Ziel sein, daneben dort auch notwendige Kleinkindgruppen einzurichten.

Einstimmig haben Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderats, festgelegt, im nächsten Jahr eine Untersuchung für die Erweiterung des Schulgebäudes durchzuführen. Ziel ist die Festlegung des Raumprogrammes, des Kostenrahmens und die Durchführung eines Planungswettbewerbes, um die Situation entscheidend zu verbessern. Auch hier binden wir die am Schulleben beteiligten Schüler, Lehrkräfte und Eltern frühzeitig mit ein. Bestehende Defizite müssen zum Wohl aller am Schulleben Beteiligten unverzüglich behoben werden.

Am Schulzentrum konnten wir durch die Realisierung der Kabelleerrohranbindung einen weiteren wesentlichen Schritt zur Digitalisierung der Bildungslandschaft in Stutensee vollziehen. Das vorhandene Leerrohrsystem wurde bis zum Schulzentrum verlängert und Glasfaser eingezogen. So konnten alle städtischen Dienststellen im Bereich der Gymnasiumstraße an die moderne Datenleitung angeschlossen werden.

Daneben wurde die digitale Ausstattung der Klassenzimmer am Thomas-Mann-Gymnasium abgeschlossen. Gemeinsam mit der Schulleitung wurde hier ein System verwirklicht, das neben der herkömmlichen Tafel künftig auch eine Projektionsfläche für einen fest installierten Videobeamer ermöglicht. Die zu projizierenden Daten werden über das hauseigene pädagogische Netz zur Verfügung gestellt oder können mit einer Dokumentenkamera direkt im Klassenzimmer erfasst werden.

Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Haushalt 2019

Diese Technik, die auch schon an anderen Stutenseer Schulen realisiert wurde, stellt eine kostengünstige und zukunftsfähige Umsetzung der Multimediaempfehlung des Landes Baden-Württemberg dar.

Mit einer Förderung aus Bundesmitteln in Höhe von 869.000 Euro werden zudem Sanierungsarbeiten am Schulzentrum realisiert. Konkret handelt es sich dabei um die Erneuerung der Elektroinstallationen, der Sonnenschutzeinrichtungen und des Treppengeländers.

Weiterhin beschäftigt uns am Schulzentrum die Umgestaltung des EDV-Raums mit Lehrerarbeitsplätzen und Besprechungsraum. Ein weiteres Projekt ist die Erneuerung der Beleuchtung in den Klassenzimmern.

An der Erich-Kästner-Realschule werden drei Klassenzimmer renoviert. Schallschutz, Boden und Beleuchtung sind umfasst. Schließlich ist hier auch vorgesehen, die Elektronikräume umzugestalten.

Meine Damen und Herren,
nicht nur an den Schulen werden wir uns mit der Digitalisierung verstärkt befassen. Auf diesen Bereich werde ich im Folgenden detaillierter eingehen.

Bei der Stadtbibliothek Blankenloch konnten wir einen sinnvollen Online-Service einführen: Im Frühjahr 2018 sind wir dem „Onleihe-Verbund“ beigetreten, sodass nun auch die Ausleihe von eMedien möglich ist.

In den vergangenen Jahren erfolgte bereits die Umstellung auf die elektronische Ausleihe sowie die Einführung des Online-Katalogs. Mit dem Verbundeintritt zum „Onleihe-Verbund Bibliotheken Mittlerer Oberrhein“ stehen nun eBooks, eAudio, ePaper und weitere Angebote zur Verfügung.

Ende 2017 haben wir uns am Landeswettbewerb "Digitale Zukunftskommune@BW" mit unserem Konzept für eine Digitalisierungsstrategie beworben. Für unseren Ansatz „Lebendige Zukunftskommune - Stutensee 4.0“ haben wir im Mai dieses Jahres einen Förderpreis in Höhe von 40.000 Euro erhalten. Diese Förderung bedingt jedoch auch eine gleich hohe Förderung durch die Stadt.

Nun gilt es, dieses Konzept mit Leben zu füllen. Dabei sind uns die Ideen und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger wichtig. Das in diesem Monat durchgeführte Bürger-Café hat uns wertvollen Input geliefert. Ich lade alle Bürgerinnen und Bürger ein, auch zukünftig alle Beteiligungsformen zu den verschiedensten Belangen Stutensees aktiv zu nutzen. Ich bin gespannt und neugierig auf Ihre Vorschläge.

Neben der Digitalisierung innerhalb der Verwaltung und der Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen möchten wir uns auch den gesellschaftlichen Fragen unter dem Motto „Gemeinschaft stärken“ widmen, d.h. wie kommunizieren wir künftig miteinander, wie fördern wir ehrenamtliches Engagement, wie erreicht die Digitalisierung alle Bürgerinnen und Bürger und nimmt alle Bevölkerungsgruppen mit, alt und jung!

Es muss uns aber auch bewusst sein, dass die fortschreitende Digitalisierung mit Kosten verbunden ist.

Die Aufwendungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik werden kontinuierlich steigen, Digitalisierung nicht um ihrer selbst Willen, sondern nur zum Nutzen Stutensees und unserer Nutzerinnen und Nutzer, das muss unsere Maxime sein.

Hier möchte ich die Brücke schlagen zur Wirtschaftsförderung.

Im Zuge des Strukturwandels hin zu einer zunehmend durch Digitalisierung geprägten Arbeits- und Berufswelt, ist die Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine der bedeutendsten Zukunftsaufgaben, gerade auch für die hier am Wirtschaftsstandort Stutensee ansässigen Firmen.

In zahlreichen Studien wird uns der Fachkräftemangel insbesondere im Handwerk, in Industrie, in Handel, im Gesundheits- und Pflegebereich, IT oder im öffentlichen Dienst, vor allem auch in unserer Region immer deutlicher vor Augen geführt.

Ein wichtiger Baustein und unser Lösungsbeitrag ist dabei die Ausbildungsplattform. Sie hat zum Ziel, jungen Menschen eine Möglichkeit zu bieten, sich im direkten Kontakt mit Unternehmen, Hochschulen und Institutionen auszutauschen und bei der Suche nach einem Ausbildungs-Studiums- oder Praktikumsplatz zu unterstützen. Auch im zehnten Jahr erzeugte die Messe eine enorme Resonanz. Die Zahl der Aussteller war mit rund 90 Ständen beeindruckend und zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das Handwerk noch stärker in der Plattform zu präsentieren – etwa durch gemeinsame Stände – ist mein Anliegen.

Meine Damen und Herren,
neben der Fachkräftesicherung ist eine zentrale Aufgabe unserer kommunalen Wirtschaftsförderung die Betreuung ansässiger und auch ansiedlungswilliger Unternehmen. In enger Zusammenarbeit mit den Aktiven Selbständigen Stutensee ist die Stadtverwaltung darüber hinaus Ansprechpartnerin für viele Fragen rund um das Thema Handwerk, Wirtschaft und Gewerbe sowie auch unterstützend tätig, wenn Firmen z.B. Büros oder Lagerflächen zur Anmietung suchen. Der kurze und professionelle Draht wird sehr geschätzt und dieser Draht, meine Damen und Herren, muss glücken!

Dass Stutensee ein gefragter Standort für Unternehmen ist, ist auch daran abzulesen, dass sowohl das zuletzt entwickelte Gewerbegebiet „Süd III“, bis auf eine Fläche, welche die Stadt zunächst als Reserve vorhält, und auch die Flächen, welche die Stadt z.B. zur Arrondierung des GI „West I“ erworben hat, komplett vermarktet wurde.

Damit werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze mit unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen entstehen.

Wie stetig der Wirtschaftsstandort wächst, wird eindrucksvoll untermauert, bei einem Blick auf die in den zuletzt entwickelten Gewerbegebieten - „West I“ und „Süd III“ - entstandenen Arbeitsplätze – rund 700.

Insgesamt konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im vergangenen Jahr erneut zulegen und liegt derzeit bei rund 6.000.

Die Flächenbereitstellung für Unternehmen wird aber auch in Stutensee zunehmend schwieriger. Ansässige wie auch ansiedlungswillige Unternehmen, die sich neu aufstellen möchten, suchen Möglichkeiten. Um Stutensee in Zukunft weiterhin als attraktiven Wirtschaftsstandort zu sichern und einen gewissen Nachfrage-Bedarf befriedigen zu können, werden Flächen gebraucht.

Bei einer Realisierung ist auf strenge planungsrechtliche Vorgaben zu achten. Zu prüfen ist, wie sich die Wertigkeit der begrenzten Flächen in den Preisen abbilden lässt. Zur Grundstücksvergabe ist in jedem Fall ein Kriterienkatalog aufzustellen. Was und wer passt zu uns? Was und wer bringt

Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Haushalt 2019

Stutensee voran, ohne zusätzliche Probleme zu schaffen? Unser Augenmerk sollte zukünftig insbesondere auf Flächeneffizienz, nachhaltiger Flächenausnutzung und Qualitätssicherung liegen.

Um beim Thema „Nachhaltigkeit“ zu bleiben: Wir haben im letzten Jahr einen Bundeszuschuss für die Installation von vier E-Ladestationen im Stadtgebiet beantragt und im dritten Quartal 2018 die Zusage hierfür erhalten.

Die Bauarbeiten haben nun am Standort der Straßenbahndienststelle in Spöck begonnen. Sukzessive folgen die weiteren Standorte in Blankenloch und Staffort. Der in Friedrichstal wird im Januar 2019 endgültig fixiert. Spätestens dann werden alle vier Ladestationen am Netz sein und von unseren Bürgerinnen und Bürgern und Gästen genutzt werden können. Alle Ladestationen werden mit Ökostrom versorgt.

Auch wir setzen immer mehr auf Elektromobilität und haben im Bauhof neue E-Fahrzeuge beschafft. Zudem haben wir in diesem Jahr auf dem Bauhofgebäude eine Photovoltaik-Anlage installiert.

Auch insgesamt werden wir in Zukunft daran zu denken haben, ob und wie eine flächendeckende E-Mobilität und Carsharing-Flotte aufgebaut werden kann. Wo E-Mobilität nicht passt, eben normales Carsharing, auch mit größeren Fahrzeugen für Familien mit Kindern!

Eben hatte ich schon auf die für das kommende Jahr vorgesehene Ertüchtigung des Bauhof-Gebäudes und auf die Befestigung des Außengeländes hingewiesen. Ich möchte nun einige Ausführungen zum Bereich des Stadtbauamtes machen.

Im Rathaus wurde der Besprechungsraum „Tolna“ modernisiert. Für das kommende Jahr sind der Umbau und die Modernisierung des Trauzimmers und dessen Vorraums vorgesehen. Hier ist es an der Zeit, aufzufrischen und vielleicht gibt es ja auch noch weitere Ideen, was das Heiraten in Stutensee angeht.

Daneben ging die Sanierung von Gemeindestraßen weiter. In diesem Jahr wurden im Blumenquartier im Stadtteil Blankenloch Straßen und Gehwege saniert. Parallel zur Straßensanierung wurden umfangreiche Maßnahmen zur Erneuerung der Einrichtungen der Wasserversorgung mitausgeführt sowie Leerrohre verlegt.

Die Sporthalle Spöck werden wir im nächsten Jahr wärme-, Lüftungs- und elektrotechnisch erneuern. Derzeit laufen die Ausschreibungen um das Projekt ab den Pfingstferien bis zum Ende der Sommerferien 2019 zu realisieren.

Im Rahmen dieser Sanierung wird die veraltete Warmluftheizung durch moderne Deckenstrahlplatten ersetzt. Daneben wird eine Zu- und Abluft-Anlage mit Wärmerückgewinnung installiert. Der Austausch der vorhandenen Beleuchtung durch einen energieeffizienten Beleuchtungstyp wird ebenfalls umgesetzt.

Der Gesamtinvest für die Stadt Stutensee wird ca. 650.000,00 EURO betragen. Ein gestellter Förderantrag über 230.000 Euro wurde zudem zwischenzeitlich seitens des Landes Baden-Württemberg bewilligt.

Nachdem bereits der Nebentrakt samt Sanitärräumen und Umkleiden umfangreich erneuert wurde, sind wir hier weiter auf dem richtigen Weg.

Als weitere Hochbaumaßnahme ist das Begegnungszentrum Regenbogenland im Stadtteil Spöck zu nennen. Dort geht der Umbau des Gebäudes dank maßgeblicher ehrenamtlicher Mitwirkender

Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Haushalt 2019

weiter. Die Einweihung ist für Sommer 2019 terminiert. Vorbereitende Maßnahmen werden derzeit umgesetzt, damit ab Februar 2019 der Estrich eingebaut werden kann.

Lassen Sie mich diese Gelegenheit nutzen, allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern meinen großen Dank für ihren Einsatz für das Begegnungszentrum auszusprechen. Dieses Projekt ist nur durch Sie möglich. Es ist bewundernswert, was Sie für die Gemeinschaft leisten und dafür danke ich Ihnen.

Die größte Maßnahme, die in diesem Jahr abgeschlossen wurde, ist der Neubau des Stutenseebads. Hier wurden Zeit- und Kostenrahmen eingehalten. Die Herangehensweise an dieses Projekt hat sich als richtig erwiesen. Die Besucherzahlen und Rückmeldungen der ersten Monate sind sehr positiv.

Mit der Fertigstellung des Stutenseebads gehen erste Maßnahmen für das neue Wohnquartier „Neise-Areal“ im Jahr 2019 einher, auf das ich gleich noch detaillierter eingehen werde. Zunächst ist der Abbruch des alten Stutenseebades zu nennen. Daneben werden wir mit dem Neubau des Festhallenparkplatzes eine größere Maßnahme starten, die dann in 2020 abgeschlossen wird. Parallel erfolgen die Verlegung der Bushaltestelle des Schulzentrums an die Erich-Kästner-Straße / Festplatz und der Neubau einer Fußgängerbrücke über die Pfingst-Heglach auf Höhe der TSG-Sportanlage.

Im Stadtteil Spöck wird die Speyerer Straße ab März 2019 umfassend saniert. Neben dem eigentlichen Straßenkörper werden auch die Trinkwasserleitung sowie große Teile des Schmutzwasserkanals neu verlegt. Mit dieser Maßnahme wird der nordwestliche Teil des Kanalsystems Spöck deutlich entlastet und damit auch eine Vorkehrung für das Neubaugebiet Vierundzwanzigmorgenacker getroffen. Die Investitionssumme beläuft sich auf 470.000 Euro.

Für den Bereich der Straßen möchte ich ausführen, dass das Programm zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auch 2018 fortgeführt wurde. Auch hier waren wir mit einem Förderantrag im Rahmen des Zuschussprogramms des Bundesumweltministeriums erfolgreich. Die Umrüstung von weiteren 150 Leuchten wurde bewilligt und ist bereits erfolgt. Auch im kommenden Jahr werden wir die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED fortführen. Auch in Zukunft wird uns das Thema Energieeinsparung Vorgaben machen!

Vom Thema Straßenbeleuchtung lassen Sie mich zur Stadtplanung.

Wir stehen als Stadt in der Verantwortung, für unsere Bürgerinnen und Bürger, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Diese Aufgabe ist anspruchsvoll und es gibt hier kein Patentrezept. Flächen sind knapp – und endlich.

Mit dem Bürgerbeteiligungsprozess „Zukunft Stutensee – Wohnen“ haben wir uns gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern auf den Weg gemacht, Antworten zu finden.

Die erarbeitete Bürgerempfehlung wurde in der letzten Gemeinderatssitzung am 29. Oktober vorgestellt. Die eingebrachte Empfehlung enthält zahlreiche Hinweise, Anregungen und Ideen, die wir prüfen und zur weiteren Behandlung in den Gemeinderat geben werden.

Aktuell bestehende Möglichkeiten, Wohnraum zu schaffen, nutzen wir. Unser Antrag, am Förderprogramm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ des Landes Baden-Württemberg teilzunehmen, war erfolgreich. Das Programm unterstützt Kommunen dabei, mehr innerörtliche

Flächen zu mobilisieren. Wir werden hierzu eine Flächenmanagerin oder einen Flächenmanager einstellen. Die Ausschreibung steht kurz bevor.

Eine verträgliche Innenentwicklung durch Nutzungsoptimierung im Bestand birgt großes Potenzial. Um dieses zu heben werden wir unter anderem ein Baulückenkataster sowie eine Bestandsaufnahme von Leerständen erstellen. Umfassende Datenerhebungen werden bereits durchgeführt.

Diese berücksichtigen neben den vorhandenen Bebauungsmöglichkeiten vor allem auch die Interessen der jeweiligen Eigentümer. Deren Mitwirkungsbereitschaft und die der Nachbarn ist besonders wichtig.

Unser Ziel ist ein nachhaltiger und umsichtiger Umgang mit den vorhandenen Flächen. Insofern steht Innenentwicklung nicht dafür, künftig jegliche innerörtlichen Freiflächen zu bebauen – wichtige bestehende grüne Bereiche sollen auch in Zukunft bestehen bleiben.

In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns. Ich sage nicht, dass es einfach wird. Es gibt viele Wünsche Einzelner, im Garten zu bauen. Ich meine aber, dass wir größer denken müssen. Es bedarf eines Konzeptes, wo schaffen wir verträglich im Inneren Wohnraum. Auch hier kann nicht das Interesse Einzelner, sondern das Wohl der Allgemeinheit im Fokus stehen. Wir wollen als Stadtplaner konzeptionell die Zukunft gestalten. Ein Flickenteppich darf nicht entstehen.

Die Umnutzung der innerörtlichen Brachfläche des ehemaligen Autohauses „Lehmann“ zu einem Wohnquartier ist auf dem Weg. Durch zwölf Reihen- und zwei Mehrfamilienhäuser entstehen hier circa 37 Wohneinheiten. Die Schaffung eines autofreien Innenhofs durch eine zentrale Tiefgarage und ein barrierefrei ausgestaltetes Fußwegenetz tragen zur Attraktivität bei. Die Gesamtfertigstellung ist für Ende April 2020 geplant.

Ein weiteres konkretes Innenentwicklungs-Projekt wurde 2018 vorgebracht. Bislang noch unter dem Arbeitstitel „Wohnen am Neise-Areal“ – und nun unter dem in dieser Sitzung beschlossenen Quartiersnamen „Wohnpark Mittendrin“ – schaffen wir im Stadtteil Blankenloch qualitätsvollen Wohnraum, zu einem guten Teil barrierefrei und bezahlbar. Circa 150 Wohnungen werden entstehen. Dabei sollen verschiedenste Ansprüche Berücksichtigung finden. Der vorgesehene Ansatz vereint daher Miete und Eigentum in einem generationenübergreifenden Quartier. Dem Entwicklungsziel, für alle Bevölkerungs- und Einkommensschichten ein geeignetes Wohnungsangebot zu schaffen, kommen wir damit näher. Eine Tiefgarage und ein innovatives Energiekonzept sind ebenfalls Bestandteil des Projekts.

Der städtebauliche Wettbewerb für das Quartier wurde in diesem Jahr durchgeführt und ein Siegerentwurf durch das Preisgericht festgelegt. Noch 2018 wird der Letter of Intent zwischen der Stadt und der erfolgreichen Arbeitsgemeinschaft unterzeichnet. Ende September wurden die Bürgerinnen und Bürger über das Gesamtvorhaben in einer öffentlichen Info-Veranstaltung informiert. Die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens ist für Anfang des kommenden Jahres vorgesehen.

Auf die notwendigen Maßnahmen im Umfeld bin ich bereits eingegangen. So sind die Verlegung des Festhallenparkplatzes, die Schaffung von Erschließungsstraßen, und der Abbruch des alten Stutensee Bades notwendige Schritte auf dem Weg dieser sehr lohnenswerten Weiterentwicklung in der Mitte Blankenlochs.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Ortskernsanierung „Blankenloch II“ eingehen. Es konnten bereits verschiedene Maßnahmen zur Sanierung privater und öffentlicher Gebäude durchgeführt werden. Die Fördermittel, die wir hierfür erhalten, werden nun nicht mehr aus dem „Landessanierungsprogramm (LSP)“ zur Verfügung gestellt, sondern im Zuge einer Förderungsumstellung aus dem neu aufgelegten Bund-Länder-Programm „Zukunft Stadtgrün“. Es ist vorgesehen, auf die Förderung für verschiedene öffentliche Maßnahmen bei der Entwicklung des bislang Neise-Areals genannten und nun -..... – betitelten Quartiers zurückzugreifen.

Neben der wichtigen innerörtlichen Verdichtung sind wir mit einer angemessenen Außenentwicklung in allen Stadtteilen gefordert, soweit diese umweltverträglich dargestellt werden kann.

Konkret ist dabei zunächst das Gebiet „Wohnen mit der Sonne – 3. Bauunterabschnitt“ im Stadtteil Friedrichstal zu nennen. Im zurückliegenden Jahr konnten wir die 16 städtischen Grundstücke erfolgreich vermarkten. Ein Großteil der Bauplätze ist bereits bebaut. Erstmals wurde unter intensiver Einbeziehung aller Gremien ein neues Vergabeverfahren – unter Beachtung sozialer Kriterien und europarechtlicher Vorgaben – gewählt.

Durch die Berücksichtigung der Ortsgebundenheit und im Haushalt lebende Kinder bei der Vergabe der städtischen Grundstücke war es möglich, Stutenseer Familien bewusst zu unterstützen und zu fördern.

Die weiterhin steigende Nachfrage konnte damit jedoch noch nicht gedeckt werden. Aus diesem Grund wird die Stadtverwaltung die Baugebiete „Vierundzwanzig-morgenäcker“ in Spöck und „Unterfeld II“ in Staffort weiter voranbringen.

Die Offenlage für das Gebiet „Vierundzwanzigmorgenäcker“ wurde in diesem Jahr durchgeführt. Circa sieben Hektar Brutto-Bauland stehen zur Verfügung. Es sind ca. 300 Wohneinheiten und Wohnraum für 660 Einwohnerinnen und Einwohner vorgesehen. Auch in Spöck ist das wichtigste Anliegen die Deckung des örtlichen Bedarfs.

Ein flexibles städtebauliches Konzept ermöglicht ein differenziertes, nutzerorientiertes Angebot an Wohnformen. Vorgesehen ist auch die Schaffung zeitgemäßer und innovativer Wohnmöglichkeiten für ältere Bürgerinnen und Bürger.

Aktuell werden die Erörterungsgespräche mit den Grundstückseigentümern geführt. Im Gebiet besteht eine relativ kleinteilige Grundstücksstruktur. Gleichwohl streben wir an, Anfang 2019 Einigungen mit allen Eigentümern erzielt zu haben, sodass die Umlegung Mitte des kommenden Jahres rechtskräftig ist. In der Folge sind die Erschließungsarbeiten und die Vermarktung der Flächen vorgesehen. In diesem Zusammenhang beschäftigen wir uns auch mit dem Instrument des Vorkaufsrechts. Dort wo es dem Allgemeinwohl dient, ist es zu befürworten. Wir müssen jedoch auch dabei mit Bedacht handeln und 24-Morgenäcker darf dadurch nicht verzögert werden. Jedoch möchte ich die Stadtentwicklung keinesfalls auf stadtplanerische Aspekte begrenzt wissen. Kultur, Senioren, Jugend, Sport, Wirtschaft sind nur einige der Themen. Stutensee allumfassend weiter denken und weiter fühlen in Sinne eines Leitbildes oder eines „Wir-Gefühls“, ohne Abgrenzung gegenüber anderen, darum geht es. Und das Stadtentwicklungskonzept ist meine ganz persönliche Priorität.

Für das Gebiet „Unterfeld II“ im Stadtteil Staffort wurde in diesem Jahr der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan gefasst. Um zügig fortschreiten zu können, wird der Bebauungsplan zunächst für die stadteigene Fläche erarbeitet und im beschleunigten Verfahren erstellt.

Für das kommende Jahr ist die Ausarbeitung einer Konzeptvergabe vorgesehen. In diesem Zusammenhang sind die Ziele zu definieren.

Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans ist für die Bereiche „Wohnen“ und „Gewerbe“ vorgesehen. Der Nachbarschaftsverband Karlsruhe betreibt das Verfahren. Für Stutensee sind noch nicht alle Flächen abschließend definiert. Mit der Fortschreibung des Regionalplans soll 2019 ebenfalls begonnen werden. Hierbei handelt es sich um sehr langfristig angelegte Überlegungen. Insgesamt ist auf eine Einbettung in ein ganzheitliches Stadtentwicklungskonzept zu achten – dessen Erarbeitung wird 2019 ein Schwerpunkt unserer Tätigkeiten sein. Die Erkenntnisse aus der angesprochenen Bürgerbeteiligung „Zukunft Stutensee – Wohnen“ werden hier miteinfließen.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf den Einzelhandel eingehen. Die Standorte im Gewerbegebiet Blankenloch wurden modernisiert, sodass hier ein ansprechendes, umfangreiches Angebot zur Verfügung steht. Mittelfristig besteht Handlungsbedarf in den Stadtteilen. Hier ist das Ziel, die innerörtliche Versorgung zu stärken. Vor hohen Herausforderungen stehen wir dabei aufgrund der sehr begrenzten Flächenverfügbarkeit. Kleinflächige Supermarktbetreiber lassen sich kaum finden. Es lohnt sich nicht. Auch wir Kunden müssen uns an die Nase fassen, wo kaufen (auch) wir am liebsten ein? Dort, wo es alles gibt. Ich würde mit großem Engagement für ein Mehr an Versorgung im Innenbereich eintreten, wo aber Flächen finden, das ist eine große noch ungelöste Frage!

Lassen Sie mich vom Thema Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs zum Bereich Wasser/Abwasser kommen.

Als positiv kann man wie schon in den Vorjahren die Gebührenhöhe für den Bereich der Wasserversorgung bezeichnen. Die Wassergebühr kann – vorbehaltlich des Beschlusses der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Wasserversorgung Mittelhardt“ am 11. Dezember – nunmehr im neunten Jahr in Folge bei 0,91 Euro je Kubikmeter zuzüglich sieben Prozent Umsatzsteuer beibehalten werden. Damit liegen wir deutlich unter den 2018er Durchschnittssätzen des Landkreises mit 1,68 Euro je Kubikmeter.

Im kommenden Jahr werden alle Gutachten vorliegen und es steht dann die Entscheidung der Frage an, ob auch Stutensee eine Wasserentkalkungsanlage installiert werden soll oder nicht. Diese Entscheidung muss nun endlich fallen. Eine wirklich umfassende Information aller betroffenen Bürgerinnen und Bürger und die Einholung deren Meinungsbildes muss jedoch noch vorausgehen.

Die Sätze der Abwassergebühr haben sich in den letzten Jahren in Stutensee positiv entwickelt. Von 2,16 Euro im Jahr 2015 sank die Schmutzwassergebühr für den Zeitraum 2016 bis 2017 auf 1,98 Euro je Kubikmeter. Die Niederschlagswassergebühr sank von 0,43 Euro je Quadratmeter im Jahr 2015 auf 0,38 Euro je Quadratmeter für die Jahre 2016 und 2017. Für den Zeitraum 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2019 wurden die Abwassergebührensätze im letzten Jahr neu kalkuliert. Daraus ergaben sich 1,88 Euro je Kubikmeter Schmutzwassergebühr und 0,35 Euro je Quadratmeter versiegelter Fläche als Niederschlagswassergebühr. Zum Vergleich: Der 2018er Durchschnitt liegt im Landkreis Karlsruhe bei 1,95 Euro je Kubikmeter Schmutzwasser und für das Niederschlagswasser bei 0,41 Euro je Quadratmeter versiegelter Fläche.

Die Höhe unserer Abwassergebühr hängt auch maßgeblich von den Entwicklungen beim Abwasserzweckverband Kammerforst ab, der die Abwässer aus unseren nördlichen Stadtteilen aufnimmt und reinigt. Dort steht aktuell eine Sanierung und Optimierung der Kläranlage an. In den Jahren 2018 bis 2022 investiert der Abwasserverband Kammerforst laut seiner Finanzplanung 2018 bis 2022 in die Kläranlage 4,07 Millionen Euro und insgesamt 8,230 Millionen Euro. Unser

Eigenbetrieb plant für denselben Zeitraum mit Investitionen in Höhe von insgesamt 4,277 Millionen Euro.

Mit 2,85 Euro (brutto) je Kubikmeter für Frisch- und Schmutzwassergebühr zusammen liegen wir aktuell deutlich unter dem 2018er Durchschnittssatz des Landkreises von 3,63 Euro je Kubikmeter.

Nun zu den Steuern:

Die Hebesätze wurden durch den Beschluss des Gemeinderats vom 23.07.2018 für die Gewerbesteuer und für die Grundsteuer B (der Vorschlag der Verwaltung betraf nur Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes) erhöht und liegen für die Gewerbesteuer mit 360 v.H. (2018er Durchschnitt des Landkreises 346 v.H.) und für die Grundsteuer B mit ebenfalls 360 v.H. (2018er Durchschnitt des Landkreises 328 v.H.) jeweils über dem Landkreisdurchschnitt (Quelle: BKF Landkreis Karlsruhe). Die durchschnittlichen Hebesätze der kreisangehörigen Gemeinden des Landes Baden-Württemberg in der Einwohnergrößenklasse 20 bis 50 Tausend betragen laut Statistischem Landesamt im Jahr 2016 (aktuellere Werte liegen noch nicht vor) für die Grundsteuer B 381 v.H. und für die Gewerbesteuer 364 v.H.; für das Land Baden-Württemberg insgesamt 391 v.H. und 366 v.H.

Lassen Sie mich weitergehen zu einem äußerst wichtigen Aspekt unserer Daseinsvorsorge: der Feuerwehr.

Während der Brandschutz an den Schulen vorbeugender Art ist, investieren wir bei der Feuerwehr in den abwehrenden Brandschutz. Mit weiteren Rollwagen für den Gerätewagen Logistik 2 und einer neuen Tragkraftspritze konnten wir den Angehörigen unserer Feuerwehr weiteres schlagkräftiges Werkzeug an die Hand geben.

Zudem mussten zum Teil hydraulische Rettungsgeräte für die Verkehrsunfallrettung ersetzt werden, da sie nicht mehr den gültigen Normen und Sicherheitsvorschriften entsprachen.

Wir leisten so einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Bevölkerung und wir werden dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch dem unserer Feuerwehrleute, weiter gerecht. Die stetige Modernisierung der Ausrüstung ist ein wichtiger Baustein in der Infrastruktur unserer Stadt.

Die ursprünglich in 2017 vorgesehene Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeugs war in Absprache mit der Feuerwehrführung um ein Jahr auf 2018 verschoben worden und wurde in Absprache mit der Feuerwehr nun um ein weiteres Jahr verschoben und soll nun 2019 realisiert werden, da sich die Ersatzteilversorgung für das alte Fahrzeug, vor kurzem, als problematisch erwies.

Dieses Vorgehen kam dem Haushalt 2018 zugute und zeigt, dass unsere Feuerwehr verantwortungsvoll mit den finanziellen Ressourcen der Stadt umgeht.

Die wichtige Arbeit unserer Feuerwehrangehörigen, die erheblich zur Sicherheit hier in Stutensee beiträgt, kann aber nur mit den richtigen Rahmenbedingungen und insbesondere mit einer guten Ausstattung funktionieren. Trotz des umsichtigen Umgangs mit den finanziellen Mitteln dürfen wir das nicht aus den Augen verlieren. Die Bedingungen müssen gut sein, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft auf ehrenamtlicher Basis gewährleisten zu können. Und dies zugrundegelegt, wollen wir uns gemeinsam mit allen Feuerwehrabteilungen auf den Weg machen, ein zukunftsfähiges Feuerwehrkonzept für ganz Stutensee zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren,

ich komme nun zu unserer Seniorenarbeit, die nicht nur angesichts des demografischen Wandels immer wichtiger wird. Das Wohlergehen aller liegt uns sehr am Herzen und wir haben deshalb –

neben den bereits geschilderten Maßnahmen für Kinder und Familien – auch unsere Seniorenarbeit weiter voran gebracht.

Verschiedene Bausteine sind hier Teil unserer Gesamtstrategie.

Über die Einrichtung eines Pflegestützpunktes in Stutensee konnten wir vor kurzem bereits berichten. Seit einigen Jahren hat sich die Stadt Stutensee intensiv für die Einrichtung eines Pflegestützpunktes in Stutensee eingesetzt. Die Pflegestützpunkte haben gerade im Landkreis Karlsruhe einen besonders hohen Stellenwert als unabhängiges Beratungsangebot für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen.

Die Stadt Stutensee wird auch ihren Beitrag zur Einrichtung des neuen Pflegestützpunktes leisten. Es werden im Rathaus für die vorgesehenen Bediensteten die erforderlichen Büroräume mit der entsprechenden Ausstattung kostenlos zur Verfügung gestellt.

Diese Räume sind barrierefrei zu erreichen und es sind in unmittelbarer Nähe auch Wartebereiche ausgewiesen. Die Vorarbeiten sind so geplant, dass die Räume bis zum Start des Pflegestützpunktes im neuen Jahr zur Verfügung stehen. Die neuen Pflegestützpunkte werden in der ersten Jahreshälfte 2019 ihre Arbeit aufnehmen, neben Stutensee auch noch in Waghäusel. Der Pflegestützpunkt in Stutensee wird voraussichtlich auch für die Gemeinden Linkenheim-Hochstetten, Eggenstein-Leopoldshafen, Weingarten und Pfinztal zuständig sein.

Regelmäßig treffen wir uns zum Runden Tisch Senioren mit vielen Akteuren, die sich für und mit Senioren engagieren.

Dieser Arbeitskreis setzt wichtige Impulse und ich bin froh, dass sich Bürgerinnen und Bürger dort einbringen.

Daneben wurde mit der Evangelischen Stadtmission im vergangenen Jahr eine Quartiersanalyse für Blankenloch einschließlich Büchig durchgeführt. Ziel des Projekts ist die Bestandsaufnahme und Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen in Stutensee. Gemeinsam mit der Stadtmission ist vorgesehen, einen „Quartiersmanager“, eine „Quartiersmanagerin“ einzusetzen. In den kommenden Wochen soll geklärt werden, ab wann der Quartiersmanager, die Quartiersmanagerin die Tätigkeit aufnimmt.

Vor kurzem sind wir auf die Vorsitzenden des Kreissenorenrates zugegangen, der uns nicht zuletzt aufgrund eines entsprechenden Antrags bezüglich der Einrichtung eines Seniorenbeirats beraten. Uns ist es dabei wichtig, die aufgebauten Strukturen zu berücksichtigen und die dort bereits maßgeblich engagierten Akteure miteinzubinden – auch um die bereits bislang geleistete Arbeit zu würdigen. Zusammen mit den bereits in der Seniorenarbeit Tätigen soll es in Stutensee einen Seniorenbeirat geben, der sich selbst organisiert und Verwaltung und Gemeinderat berät. Der Gemeinderat wird hierüber zu entscheiden haben.

Im Stadtteil Friedrichstal ist der Flächenankauf für die Erweiterung des Seniorenzentrums noch für dieses Jahr vorgesehen. Die Entwicklung ist notwendig, um die Standortsicherung der bestehenden Einrichtung zu gewährleisten.

Der Anbau des Seniorenzentrums Blankenloch konnte im Frühjahr eingeweiht werden. So werden sowohl zusätzliche Pflegeplätze als auch Flächen für gemeinschaftliche Nutzung bereitgestellt. Schließlich ist mir ein ganz persönliches Anliegen für das kommende Jahr die barrierefreie Gestaltung des Neuen Marktes in Blankenloch ein sehr wichtiges Anliegen. Schon im Dezember wird eine Probefläche angelegt. Sie sehen, es geht voran.

Zur Flüchtlingsunterbringung:

Auch in diesem Jahr hat die Stadt Stutensee die ihr als Pflichtaufgabe zugewiesene Anschlussunterbringung vollständig erfüllt. 42 Personen wurden untergebracht. Aufgrund der derzeit landesweit zurückgehenden Zahlen neu ankommender Geflüchteter hat sich die Lage etwas entspannt. Aber auch künftig wird die Stadt die ihr zugewiesenen Flüchtlinge entsprechend der Quotenregelung aufzunehmen haben. Dies bedarf weiterhin einer langfristig bedarfsgerechten Planung.

In diesem Zusammenhang einige Hinweise zum Bereich Integration.

Im März 2018 erschien die erste Ausgabe unseres „Wegweisers für neu Zugewanderte“, der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus aller Welt hier in Stutensee zu einem guten Start und leichter Orientierung verhelfen soll. Die Informations-Broschüre wurde rege nachgefragt und stieß auf sehr positive Resonanz.

Im Netzwerk „Integration und Flüchtlingshilfe“ wirken die Integrations- und Flüchtlingsbeauftragten der Stadtverwaltung, die Integrationsmanager und -managerinnen des Landratsamtes Karlsruhe, das Netzwerk Elternbegleitung Stutensee, Institutionen wie das Mehrgenerationenhaus Bürgerwerkstatt Stutensee e.V. oder das Kinder- und Jugendzentrum Graubau sowie die Ehrenamtlichen der Flüchtlingshilfe Stutensee e.V. gemeinsam mit über 320 Geflüchteten in Anschlussunterbringung in unserer Stadt an deren individuellen Integrationsprozessen mit. So werden die Herausforderungen und Aufgaben in den Bereichen Sprache, Bildung, Berufs- und Arbeitsmarkt angegangen und bewältigt.

Die Kinder und Jugendlichen werden auch in Zukunft viel Unterstützung in der Schule und in den Übergängen Ausbildung und Beruf brauchen, ebenso wie die Erwachsenen in der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Vor allem dem ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe möchten wir immer wieder unsere große Anerkennung und unseren Dank aussprechen. Sie sind ein tragender Stützpfeiler, der für diese Aufgaben unbedingt notwendig ist.

Nun zum Bereich Umwelt- und Naturschutz:

Die Arbeit im Umwelt- und Naturschutz war im laufenden Jahr sehr durch die meteorologische Großwetterlage bestimmt. Fielen in Deutschland seit Mai im Durchschnitt nur rund 50% der üblichen Niederschlagsmengen, so fiel in der Hardt und damit auch in Stutensee in den Sommermonaten, von einigen Gewittergüssen abgesehen, der Regen regelrecht aus. Hitze und Dürre verlangten große Anstrengungen, um etwa die Flora auf den rund 20 ha Öko-Flächen im Flurbereinigungsgebiet Nord zu sichern. Ähnliche Anstrengungen mussten natürlich auch insbesondere auf den unzähligen Grünflächen innerhalb der Stadtteile unternommen werden.

Vor diesem Hintergrund zeichnen sich der fortschreitende Klimawandel und seine Folgen schon heute spürbar auch in Stutensee ab. Umwelt- und Naturschutz sind auch Menschenschutz – durch ihn erhalten wir unsere Lebensgrundlagen. Im Benehmen mit Fachleuten und allen gesellschaftlich relevanten Gruppen müssen wir daher ganzheitliche Lösungsansätze für die Auswirkungen der Erderwärmung für unsere Stadt erarbeiten.

Lebensgrundlagen erhalten wir auch durch die aktive Schaffung naturnaher Flächen und dem dadurch gewonnenen Lebensraum für Insekten.

Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Haushalt 2019

In ökologischer Hinsicht haben sich in 2018 die im Vorjahr angelegten Flächen des Projekts „Natur nah dran“ sehr gut entwickelt. Im vergangenen Monat wurden wir für die erfolgreiche Teilnahme am Projekt ausgezeichnet. Zum aktuellen Erscheinungsbild mancher Flächen erhalten wir Nachfragen aus der Bevölkerung. Hier müssen wir nochmals darauf hinweisen, dass diese Flächen noch nicht abgeschlossen sind und sich weiter entwickeln. Festzuhalten ist, dass mehrere Grünflächen in artenreiche Wildblumenwiesen, Wildstaudenflächen und wertvolle Biotop umgewandelt werden konnten. Wir erhalten so die biologische Vielfalt und schaffen neuen Lebensraum für Wildbienen, Schmetterlinge und andere Tiere.

Grundsätzliches Ziel bei der Gestaltung unserer innerörtlichen Grünflächen sollte eine insektenfreundliche Umgestaltung sein. Ein hierfür zu erstellendes Konzept könnte ab Herbst 2019 angewendet werden.

In diesem Zusammenhang legen wir auch in 2019 unsere erfolgreichen Zuschussprogramme wieder auf. Speziell das Wildstauden-Programm hat in diesem Jahr einen großen Zuspruch erfahren.

2018 wurde die Aufstellung des Baumkatasters abgeschlossen. Im Zuge systematischer Baumkontrollen wird die Qualität des Baumbestandes gesichert. Daneben können Neupflanzungen auf dieser Basis gezielt erfolgen.

Ein für uns neues Problem hat sich seit Mitte des Jahres aufgetan: aggressive invasive Krebse, die mittlerweile mit vier Arten bei uns vorkommen und unsere aquatischen Lebensräume für Flora und Fauna bedrohen. Für den stark betroffenen Baggersee in Blankenloch haben wir mit Fachleuten ein Konzept zur Bekämpfung entwickelt und setzen dieses auch seit Anfang September um. Hier müssen wir auch in 2019 aktiv sein.

Eine weitere Herausforderung begegnet uns im Forst-Bereich. Dem anhaltenden Eschentriebsterben konnte nach derzeitigen Erkenntnissen der Forstverwaltung erfolgreich entgegengewirkt werden. Gemeinsam mit der Forstverwaltung stellte die Stadt Stutensee einen Antrag zur Förderung der nachhaltigen Waldwirtschaft, welcher mit Bescheid anerkannt wurde.

Auf Grundlage dieser Zuwendung wurde im Stafforter Wald auf zwei vom Eschentriebsterben betroffenen Flächen in einem Pilotversuch mit der Pflanzung von Eichen effektive Gegenmaßnahmen getestet, die erfolversprechend sind. Ein Folgeantrag ist bereits gestellt. Zur Forstverwaltung ist noch zu sagen: Die vom Land vorgegebene Umsetzung der Forstneuorganisation wird auch Auswirkungen auf die zukünftige organisatorische Ausrichtung der forstlichen Betreuung durch den Landkreis haben. Die Stadt Stutensee wird sich voraussichtlich mit Beteiligung des Landkreises einem körperschaftlichen, landkreisweiten Forstamt anschließen. Die Vorbereitungen in Arbeitsgruppen sind hierzu bereits angelaufen.

Der „Runde Tisch Umwelt“, das Forum mit den hiesigen Landwirten und Vertreterinnen und Vertretern aus dem ehrenamtlichen Naturschutz, hat sich weiter etabliert. Es werden gemeinsame Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt. Diese Zusammenarbeit ist auch im kommenden Jahr fortzusetzen und auszubauen. Meine Damen und Herren, Umwelt- und Naturschutz müssen und werden einen ganz eigenen Stellenwert in unserer Stadt bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Stutensee ist eine tolle Stadt. Ich maße mir an, das beurteilen zu können - ich bin hier geboren und aufgewachsen und habe mich bewusst entschieden, wieder den Schritt nach Stutensee zu machen.

Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Haushalt 2019

Ich habe mich in den vergangenen Monaten intensiv mit den Zahlen, Daten und Fakten zu Stutensee auseinandergesetzt. Fast wie bei der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs lag der Fokus darauf, die Finanzen der Stadt nachzuvollziehen, aktuelle Projekte und Entwicklungen der vergangenen Jahre zu beleuchten und in die Zukunft zu denken.

Diese Aspekte sind allerdings nur Teile des Gesamtbilds. Stutensee hat engagierte, interessierte und aufgeschlossene Bürgerinnen und Bürger. Das durfte ich wieder ganz deutlich erfahren, als ich in allen Stadtteilen unterwegs war.

Sie gestalten das Zusammenleben, sie bilden die Stadtgemeinschaft und definieren damit, wofür Stutensee steht. Das Ehrenamt wird in unserer Stadt von einer bewundernswert großen Zahl an Unterstützerinnen und Unterstützern getragen.

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Hinter dem großen Angebot stehen viele ehrenamtlich tätige Bürger, die hier wichtige Funktionen übernehmen, ohne die unser Gemeinwesen nicht in dieser Güte funktionieren würde.

Deshalb spielen unsere Ehrenamtlichen eine tragende Rolle und sind unabdingbar für unsere Gesellschaft.

Neben der Feuerwehr und den Rettungsorganisationen zählen hierzu unsere Kirchen, Vereine und weitere Organisationen, wie beispielsweise die Volkshochschule, das Mehrgenerationenhaus, die Musikschule Hardt, das Familienzentrum und viele, viele mehr.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die sich für Stutensee einsetzen; bei allen, die Verantwortung tragen in Politik, Wirtschaft, Behörden, Schulen, Vereinen, Verbänden, Presse und weiteren Institutionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, in den Ortschaftsräten und in der Verwaltung, mein besonderer Dank gilt Ihnen für die herzliche Aufnahme und den Beginn, den Sie mir bereitet haben. Ich freue mich auf unsere gemeinsame Arbeit.

Ich danke all denen, die diesen Haushalt mit großem Einsatz aufgestellt haben

Gehen wir die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam an.



Erklärung der Bündnis90/DieGrünen-Fraktion zum Haushalt 2019

Liebe Stutenseer Bürgerinnen und Bürger, meine Damen + Herren von der Verwaltung, Gemeinderat und Ortschaftsräten, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Becker,

auch dieses Jahr möchten wir Herrn Hambrecht und seinem Team für die vorbildliche Ausarbeitung des Haushaltsplanentwurfes für 2019 danken. Es ist der letzte Haushalt nach dem alten Haushaltsrecht.

In diesem Haushalt 2019 sind Entnahmen aus den Rücklagen bis auf den gesetzlich vorgeschriebenen

Mindestbestand geplant; mehr können wir nicht entnehmen!

Wir haben ja auch eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen, die Geld kosten:

- Erhalt und Betrieb, teils gar Neubau von Kindergärten und Schulen
- Instandhaltung und Sanierung von Straßen, Kanalisation und kommunalen Gebäuden
- Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen und Erhalt einer einsatzfähigen Feuerwehr

um nur einige Punkte zu nennen.

Dazu kommt der Neubau des Hallenbades und Planung und Erschließung von Baugebieten mit allen Folgekosten.

All dieses kostet ja nicht nur Geld im Vermögenshaushalt, sondern auch im Betrieb, also im Verwaltungshaushalt. Eine vernünftige Entlohnung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei der Stadt Stutensee führen zu gestiegenen Personalkosten.

Bei den Kindergärten stehen wir gut da, aber es wird immer schwieriger, qualifiziertes Personal zu bekommen bzw. zu halten. Auch das kostet Geld.

Wenn wir hier am Ball bleiben wollen, können wir uns insgesamt keine großen Sprünge mehr erlauben.

Im Ausblick für 2019 geht der Haushaltsplanentwurf noch von einer Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um 2,1% aus. Diese Zahl wurde kürzlich auf 1,6% gesenkt. Dies kann zu geringeren Zuweisungen von Bund und Land führen, die einen sehr großen Teil der Einnahmen der Stadt ausmachen.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass zum Beginn 2019 die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer von 340 v.H. auf 360 v.H. angehoben werden.

Diese Sätze wurden seit fast 20 Jahren nicht erhöht. Die Erhöhung gleicht lediglich die Inflation für diesen Zeitraum aus und wird dringend gebraucht, um einen Beitrag zur Erwirtschaftung der Abschreibung nach dem neuen Haushaltsrecht zu leisten. Zudem sind wir hier mit anderen Kommunen ähnlicher Größe in der Region vergleichbar. Wir hätten uns diesen Schritt schon ein Jahr früher gewünscht.

Wir Grünen fordern seit Jahrzehnten, dass endlich die Bestattungskosten genau ermittelt werden. Wir hoffen, dass wir in 2019 ein Ergebnis bekommen und dass wir dann auf die von unserer Rechtsaufsichtsbehörde, der Gemeindeprüfungsanstalt, geforderten 50 Prozent

Deckung schrittweise kommen werden. D.h., dass die reinen Bestattungskosten etwa hälftig von den Angehörigen getragen werden. Bisher sind wir bei dem Privatanteil an den Bestattungskosten mit unter 20% mit die niedrigsten im Kreis und bisher wurde eine Erhöhung von anderen Parteien verhindert. Es geht uns ausdrücklich nicht um irgendwelche Nebenkosten (wie Aussegnungshalle oder Grünflächen), sondern um die tatsächlichen Kosten der Bestattung.

Wir erheben diesen Punkt zu einem ANTRAG.

Nach dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht müssten wir auf Grundlage der jetzigen Zahlen Abschreibungen in Höhe von etwa 3,3 Mio. EUR erwirtschaften.

Dies lässt uns für Investitionen in neue Projekte immer weniger Spielraum, zumal mittelfristig zu jeder neuen Investition ja auch Kosten für die Instandhaltung hinzukommen.

So können wir uns unserer Meinung nach die neue Mehrzweckhalle in Staffort so wie geplant nur dann leisten, wenn die beantragten Fördergelder auch wirklich kommen.

Die Kosten sind ja jetzt schon von 2015 geplanten 2,7 Mio. EUR auf heute 5,5 Mio. EUR gestiegen, und wir fürchten, dass dies nach den Ergebnissen der Ausschreibungen noch deutlich steigen wird.

Überhaupt ist es mit Baumaßnahmen derzeit so, dass wir antizyklisch handeln sollten. Die Baubranche boomt so stark, dass es einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gibt, es zunehmend schwierig wird, Handwerker zu einem konkreten Zeitpunkt zu finden und die Baufirmen fast jeden Preis fordern können.

Und hier stehen wir vor einem Dilemma, über das wir uns Gedanken machen müssen: Aus Verantwortung im Umgang mit den uns anvertrauten Steuergeldern wäre es eigentlich sinnvoll, nur noch den dringend notwendigen Wohnungsbau umzusetzen, alles andere muss warten, bis die Preise fallen. Und dieser Wohnungsbau muss überwiegend Mietwohnungsbau sein. Dies gebietet uns unsere soziale Verantwortung. Bei einer sich immer weiter öffnenden Schere zwischen arm und reich dürfen wir die Menschen nicht vergessen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht genug Geld haben, um sich Wohneigentum oder auch nur die immer höheren Mieten zu leisten.

Im Zusammenhang mit dieser Thematik bitten wir die Verwaltung um einen Sozialbericht für Stutensee, aus dem sich die verschiedenen notwendigen Hilfsangebote, die wir einkommensschwachen Menschen in unserer Stadt bieten sollten, ablesen lassen. Auf dieser Grundlage sollte dann der Gemeinderat darüber beraten, wie die Stadt Hilfestellung für die Bedürftigen leisten kann. Dies betrifft nicht nur Wohnen, sondern menschenwürdiges Leben allgemein.

Dafür und für einiges andere sind auch die Familienbüros eine wichtige Einrichtung. Ihre Beratung helfen vielen Menschen unserer Stadt, so z.B. Senioren, Alleinerziehenden, etc.

Das neue Wohngebiet Wohnen Mittendrin ist ein guter Ansatz; hier soll auf die soziale Durchmischung geachtet werden. Dieses Konzept der sozialen Durchmischung und Bebauung mit Mietwohnungen muss auch in anderen neuen Baugebieten umgesetzt werden.

Grundsätzlich ist in Zukunft mit Vorrang auf die innerörtliche Erschließung von Baulücken, verfallenden Altgebäuden, Leerstand etc. zu achten. Ein Baulückenkataster und die Erfassung

von leerstehenden Wohnungen sind dringend nötig. Dies ist, wenn wir nicht auf Perfektion Wert legen, mit Hilfe unserer Einwohner und einer Beteiligung des Flächenmanagements im Rathaus schnell möglich.

Wir haben nicht mehr viel unkompliziert erschließbare Flächen. Forst, Landwirtschaft, Erholung und Natur brauchen ebenfalls Flächen.

Aber auch andere Punkte müssen in 2019 und den Folgejahren verstärkt in den Fokus unserer Politik kommen. Frau OBin Becker hat in Ihrer Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass Umweltschutz und Klimaschutz in allen Maßnahmen der Stadt Berücksichtigung finden müssen.

Der Sommer und Herbst 2018 zeigte uns mit Hitze und Trockenheit deutlich, wie wichtig der Erhalt von Grünflächen und siedlungsnahen Wäldern ist. Schatten, Staubbindung, Luftbefeuchtung sind alles Dinge, die uns die Grünflächen geben und die Lebensqualität in Stutensee steigern.

Hier sind wir erfreut, dass die von uns schon lange geforderte Erarbeitung eines Pflegeplanes für die städtischen Grünflächen begonnen hat. Der erste Schritt der Erfassung aller städtischer Grünflächen scheint komplizierter zu sein, als wir erwartet haben.

Wir betonen abermals, dass der wichtigste Punkt bei dem Pflegekonzept eine ökologisch orientierte Bewirtschaftung der innerörtlichen Grünflächen ist! Innerörtlicher Naturschutz muss Vorrang vor dem Ruf nach Schönheit im Sinne von Ordnung und Gradlinigkeit haben. Naturnahe Blühwiesen statt englischer Rasen lautet zusammengefasst das Ziel. Lebensraum für Insekten zu bieten – und nebenher auch einen ästhetischen Gewinn zu schaffen – ist wichtiger, als sterile Ordnung im Grünbereich.

Genauso soll auf Grundlage des neuen Baumkatasters auch hier ein Pflegeplan erarbeitet werden, um unnötige Baumfällungen oder falsche Pflege zu vermeiden und Plätze für Neu- oder Nachpflanzungen von hier heimischen Bäumen zu ermitteln. Bisher wurden zu oft innerörtliche Bäume gefällt ohne dass wieder neue gepflanzt wurden.

Auch im Bereich der Renaturierung unserer Fließgewässer müssen weitere Flächen erworben und naturnah umgestaltet werden. Nicht nur die Lebewesen entlang und in den Bächen werden uns das danken, sondern auch unsere Angler, unser Grundwasserspiegel, unsere Erholungssuchenden.

Zur Erhöhung der Artenvielfalt, die letztlich auch für uns als Bestandteil der Natur wichtig ist, brauchen wir auch mehr ökologische Landwirtschaft. Hier setzen wir auf weitere Gespräche mit den Landwirten und auf eine Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes in neuen Pachtverträgen zwischen Stadt und Landwirten. Wir unterstützen die Forderung des Ortschaftsrates von Friedrichstal, einige landwirtschaftliche Flächen von Privat zu kaufen, die dann zur Förderung der Artenvielfalt ökologisch sinnvoll bewirtschaftet werden sollen.

Sinnvoll ist, dass der Austausch der Straßenbeleuchtung hin zu LED-Lampen weiter umgesetzt wird. Die laufenden Kosten werden deutlich gesenkt, die Ausleuchtung und der Kontrast sind besser und es fällt wesentlich weniger insektenschädliches Streulicht an. Hier muss der Einsatz von Bewegungssensoren, wie es schon in anderen Kommunen angewendet wird, diskutiert und geprüft werden.

Erklärung der Bündnis90/DieGrünen- Fraktion zum Haushalt 2019

Grundsätzlich ist es gerade auch vor der mal wieder aktuellen Diskussion des Klimawandels notwendig, regenerative Energiequellen stärker als bisher zu nutzen und zu fördern.

Aktive und passive Nutzung von Sonnenenergie an Gebäuden, entsprechende Gestaltung von Bebauungsplänen, Förderung nachhaltiger Mobilität in Zusammenarbeit mit dem ÖPNV, Carsharing-Standorte auch in den nördlichen Ortsteilen sowie der Ausbau oder auch nur die Markierung von Radwegen sind nur einige Stichpunkte, die ich hier nennen will.

Abschließend möchte ich Frau OBin Becker danken, dass sie im Hinblick auf Transparenz der Problemstellungen und der Entscheidungsfindungen an vielen Stellen mehr Öffentlichkeit geschaffen hat. Weiter so!!

Die geplante öffentliche Diskussion der möglichen zentralen Wasserenthärtung, hoffentlich auch auf dem Podium mit pro und contra, ist ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Die Bürgerbeteiligung über die Perspektivwerkstatt „Zukunft Wohnen“ ist ein weiteres gutes Beispiel dafür, wie es weitergehen muss.

Wir hoffen, hier für ein paar Punkte, die uns teils schon seit Jahren wichtig sind, Ihr Verständnis geweckt zu haben.

Dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019 sowie dem Stellenplan und dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Stutensee stimmen wir zu.



Erklärung der CDU/FDP-Fraktion zum Haushalt 2019

Nicole LaCroix -Es gilt das gesprochene Wort.-

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Becker,
sehr geehrte Frau erste Bürgermeisterin Tröger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Geissler,
sehr geehrte Herren Amtsleiter,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Welt um uns herum verändert sich in rasanter Weise. USA, ein jahrzehntelanger verlässlicher Bündnispartner, wird unter Trump zur unkalkulierbaren Größe. Putin rüstet in Russland auf statt ab und ein Hauch des kalten Krieges kehrt zurück. Die Türkei ist einem EU Beitritt weiter entfernt denn je und die Auswirkungen des Syrienkrieges haben wir 2015 mit der Flüchtlingskrise hautnah zu spüren bekommen. Die Auswirkungen des Brexit sind für die EU und auch für Deutschland noch nicht vorhersehbar und die anti-europäischen Stimmen in unterschiedlichen Ländern Europas werden immer lauter.

Aufgrund dieser Lage ist es wichtiger denn je, Europa und den damit verbundenen Frieden mit allen Kräften zu stärken und neben den negativen Stimmen, die es leider auch in unserem Land gibt, die positiven Aspekte in den Vordergrund zu stellen.

Deutschland geht es so gut wie schon lange nicht mehr. Seit Jahren schreibt der Bundeshaushalt eine schwarze null und Schuldenabbau statt Aufbau ist die Devise. Auch Baden-Württemberg steht gut da und der Landkreis Karlsruhe konnte aufgrund der finanziell guten Lage die Kreisumlage senken und die Kommunen entlasten. Haben wir noch vor einem Jahr gedacht, in Stutensee gehen bald die Lichter aus, so wurden wir durch die sehr gute wirtschaftliche Lage eines besseren belehrt. Die Novemberschätzung hat die sich abzeichnende positive Entwicklung nochmals verbessert und mittlerweile reden wir über 2,5 Mio. mehr an Zuführungsrate im kommenden Jahr und einer deutlich reduzierten Schuldenentwicklung in der mittelfristigen Finanzplanung.

Der Ruf nach Steuerentlastung wird auf Bundesebene immer lauter und deshalb ist es uns wichtig, dass die Stadtverwaltung mit unserer neuen Oberbürgermeisterin an der Spitze nochmals über die Notwendigkeit der Grund- und Gewerbesteuererhöhung nachdenkt. Wir haben bei der Abstimmung im Gemeinderat schon dafür plädiert, die Novemberschätzung abzuwarten, was mehrheitlich von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Ohne Not nun diese Steuererhöhung durchzuziehen widerstrebt unserem Verständnis der Fairness gegenüber unseren Bürgern, weshalb unsere Fraktion dem Haushalt mit diesen Erhöhungen auch nicht zustimmen kann und sich enthält. Die Grundsteuer wird, wie wir alle wissen auch auf Mieter umgelegt, was die ohnehin schon hohen Mieten in Stutensee weiter in die Höhe treibt. Denn bezahlbarer Wohnraum ist eine der Kernaufgaben, die in unserer wirtschaftlich starken Region gelöst werden müssen – und zwar durch die Politik. Auf das freie Spiel der Kräfte

können wir uns hierbei nicht verlassen. Dieses Thema wird die Stadt Stutensee in den nächsten Jahren oder sogar Jahrzehnten stark beschäftigen. Initiativen in Bund und Land bringen nur dann etwas, wenn Bauland vor Ort in den Kommunen zur Verfügung steht oder gestellt werden kann. Hier haben wir in Stutensee die Schwierigkeit, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren bei der Baulandentwicklung zu wenig einbezogen fühlten. Die Perspektivwerkstatt, die von der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat ins Leben gerufen wurde, war ein wichtiger Schritt in Richtung Bürgerbeteiligung und somit in Richtung Zukunft. Es gilt nun, gemeinsam Flächen zu finden, die in verträglicher Art und Weise Wohnraum schaffen, der für die Bevölkerung noch finanzierbar bleibt. Berücksichtigt werden muss bei der Findung der Baulandflächen aber auch, wie die infrastrukturellen Gegebenheiten sind, um Folgekosten zu Lasten der Kommune und somit der Steuerzahler zu vermeiden.

Gespräche mit dem wohnungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, MdL Tobias Wald, die die CDU angestoßen hat, haben ergeben, dass gerade in Landesflächen in Zukunft potential für bezahlbares Bauland liegt. Wir bitten die Stadtverwaltung die Verhandlungen fortzuführen und an diesem Thema dran zu bleiben. Ich spreche konkret von den Flächen des ehemaligen Wasserwirtschaftsamtes und den Landesflächen in Friedrichstal, die teilweise schon für die Erweiterung des Hauses Edelberg gewonnen werden konnten. Hier liegt noch weiteres Potential. Den Gedanken einer Wohnungsbaugesellschaft sollten wir in Stutensee nicht grundsätzlich aufgeben. Allerdings hat das ehemalige Neisegelände, das jetzt „Wohnpark mittendrin“ heißt, gezeigt, dass durchaus auch Investoren die Problematik des bezahlbaren Wohnraumes mit guten Konzepten lösen können und ein Mehrwert für Stutensee auch mithilfe des freien Marktes und des Wettbewerbs entstehen kann.

Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Form eines Werkstattcharakters mit Ihrem Wissen, Ihren Fähigkeiten und Ihren Ideen ist sehr positiv zu bewerten, auch wenn klar sein muss, dass am Ende die Mandatsträger, d.h. der Gemeinderat die Beschlüsse fassen wird. Wir regen an, beim Thema Wasserenthärtung ebenfalls die Bevölkerung mit einzubeziehen. Neben den vielen Vorteilen gibt es auch Nachteile, die es abzuwägen gilt. Jedoch müssen wir endlich Klarheit bekommen und dürfen das Thema nicht länger verschieben. Deshalb hat die CDU/FDP Fraktion in einem Antrag die Stadtverwaltung aufgefordert, endlich eine Entscheidung herbeizuführen.

Die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans beinhaltet die Chance, gemeinsam mit Stadtverwaltung, Gemeinderat und Bevölkerung ein Leitbild zu entwickeln, von dem die einzelnen Aspekte der weiteren Entwicklung Stutensees abgeleitet werden können. Fragen wie: „Soll Stutensee Wohnstadt am Rande von Karlsruhe bleiben oder sich selbstbewusst auch wirtschaftlich einen Namen machen?“ müssen hierbei beleuchtet werden. Aber auch „Wie kann innerörtliche Verdichtung aussehen, ohne dass die Wohnqualität für die Umgebungsbebauung abnimmt, sondern eher zunimmt?“

Im Bereich der innerörtlichen Verdichtung begrüßen wir ausdrücklich, dass unserem Antrag gefolgt wurde, einen Flächenmanager einzustellen, der sich dieser Thematik annimmt. Dass hierbei noch Fördergelder akquiriert werden konnten freut uns umso mehr. Im Gemeinderat wurden uns bereits in ersten Untersuchungen Baulückenkataster aufgezeigt, die einer innerörtlichen Verdichtung den Weg bereiten sollen. Es ist wichtig, in Zukunft auch den freien Markt im Auge zu behalten und an der einen oder anderen Stelle Immobilien aufzukaufen, sollten sie städtebaulich von der Lage her Sinn machen.

Auf die Baulandpreisentwicklungen in den unterschiedlichen Stutenseer Stadtteilen sollten wir in Zukunft Einfluss nehmen. Wir müssen uns aber fragen, ob es hilfreich ist, wenn die Stadt vereinzelt ein Vorkaufsrecht anwendet. Hier wäre es besser, sich im Zuge der Umlegung neue Verfahren zu überlegen. Eine Lösung könnte sein, dass die Stadt alle Grundstücke als Bauerwartungsland ankauft, um später den Verkaufspreis definieren zu können. Ein anderer Aspekt ist die Anhebung der Abschöpfung, die in Spöck aktuell bei 44% Flächenabgabe liegt. Andere Städte sind bei höheren Werten. Es ist wichtig mit der Abschöpfung auch die Folgekosten neuer Einwohner durch Ausbau infrastruktureller Maßnahmen, wie Kindergärten, Schulen etc. abdecken zu können, ansonsten tragen diese Kosten die Allgemeinheit.

Prinzipiell ist Stutensee im Bereich der Schulen und Kindergärten gut aufgestellt. Die Räumlichkeiten sind Großteils auf einem guten Stand und die Betreuungszeiten werden immer wieder dem Bedarf angepasst. Laut Rückmeldungen aus der Bevölkerung, fühlen sich die Familien in Stutensee gut aufgehoben.

Trotz der guten Situation sind auch im diesjährigen Haushalt Mittel für die Verbesserung und den Ausbau der Kindergärten und Schulen eingeplant. Für die Sanierung des kath. Kindergartens in Blankenloch muss noch eine Lösung mit der kath. Kirche gefunden werden, wie die Eigentumsverhältnisse aussehen, bevor die Maßnahme angegangen werden kann. Geplant ist ebenfalls die Erweiterung der Grundschule in Büchig, die auch ohne weiteres Wohngebiet notwendig geworden wäre. Wir begrüßen die von der Verwaltung vorgeschlagene Durchführung eines Wettbewerbs, da wir mit diesem Vorgehen bereits sehr gute Erfahrungen beim Schwimmbad in Blankenloch und beim Neise-Gelände gemacht haben.

Ein großer Posten im Haushalt sind die Brandschutzsanierungen an unseren Stutenseer Schulen. Allein beim Schulzentrum müssen nach heutigem Stand in den nächsten beiden Jahren 1,5 Mio. € investiert werden. Ob diese Summe ausreicht ist noch nicht absehbar. An dieser Stelle zeigt sich, dass Gesetze, die auf Bundes- und Landesebene beschlossen werden, teilweise die Kommunen finanziell an den Rand des Machbaren bringen. Deshalb ist es wichtig, dass die kommunale Ebene in Form von Städte- und Gemeindetag Einfluss darauf nimmt, dass Gesetzesänderungen auch finanziell durch Bund und Land unterstützt werden müssen. So wie damals beim Konjunkturpaket I und II oder bei der U3-Kinderbetreuung. Die Kommunen mit der Lösung der Probleme allein zu lassen ist kein faires Miteinander.

Neben den baulichen Veränderungen an unseren Schulen und der Schaffung von räumlich guten Lernvoraussetzungen liegt uns auch der pädagogische Auftrag sehr am Herzen. Digitalisierung ist eines der Zukunftsthemen unserer und der nächsten Generation. Die Ausstattung der Klassenräume mit Beamern und Tablets für Lehrer ist bereits vorangeschritten. Jedoch wäre unsere Anregung, mit den Schulleitern zu sprechen, in wieweit im Zuge der Förderung des Bundes auch die Schüler nach und nach mit Tablets ausgestattet werden können. In den USA als eines der führenden Digitalisierungsländern ist dies schon Großteils verwirklicht worden. Diese Frage möchten wir auch gern im Jugendforum diskutiert wissen. Dieses Forum ins Leben zu rufen war sehr sinnvoll. Nun sollten wir die Jugendlichen auch in die Entscheidungen Ihrer Themenbereiche mit einbeziehen und sie nicht nur Straßennahmen auswählen lassen.

Und da Digitalisierung in allen Bereichen immer mehr an Bedeutung gewinnt, sollte Stutensee als moderne Stadt eine Vorreiterrolle übernehmen. Neben den Glasfaseranschlüssen und dem digitalen Rathaus ist es wichtig, auch das Mobilfunknetz zu verbessern. Gespräche mit

Betreibern müssen geführt werden. Homeofficeplätze gewinnen immer mehr an Bedeutung und die Wettbewerbsfähigkeit einer Kommune hängt Großteils auch von seiner Digitalen Infrastruktur ab.

Stutensee hat mit seiner Lage ein unglaubliches Potential. Im Speckgürtel von Karlsruhe und mit der Nähe zum KIT liegen enorme Standortvorteile. Aus diesem Grund stehen wir hinter dem Gewerbegebiet „Westlich der Bahn“. Die abschnittsweise und für Umwelt und Bürger verträgliche Entwicklung muss natürlich im Vordergrund stehen. Jedoch sind gerade kurze Wege zum Arbeitsplatz in Bezug auf die Umwelt sinnvoll. Wohnen und Arbeiten in Stutensee reduziert den Individualverkehr und somit auch die Verschmutzung der Umwelt. Den Klimawandel gilt es mit allen Kräften zu stoppen. Hier sind nicht allein Verbote gefordert sondern kluge Konzepte, die zukunftsfähig sind.

Auch das Energiemanagement, das wir schon seit Jahren in Stutensee betreiben, soll und muss dem Klimawandel entgegenwirken. Ein Großteil des CO₂ Ausstoßes wird durch Gebäude verursacht. Dessen sollten wir uns bewusst sein. Wir haben zwar bereits einige unserer Gebäude energetische saniert und somit auch die Unterhaltskosten reduziert. Allerdings darf dies nicht das Ende sein. Wir begrüßen deshalb, dass im Zuge des neuen kommunalen Haushaltsrechts die Bestandsaufnahme unserer Immobilien vorangetrieben wird. Wir bitten die Stadtverwaltung uns im nächsten Jahr über den Stand der Bewertungen zu informieren und ein Konzept vorzulegen, wie mit den Sanierungen in den nächsten Jahren abschnittsweise verfahren werden kann. Dann können die mittelfristigen Gelder eingestellt werden, um den CO₂ Ausstoß zu verringern.

Nachdenklich stimmt das Zitat von Barack Obama: „Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel zu spüren bekommt und die Letzte, die ihn noch aufhalten kann.“

Wir regen in diesem Zuge an, auch erneut über PV Anlagen auf städtischen Gebäuden nachzudenken. Da der Verbrauch im Wesentlichen tagsüber stattfindet, könnte neben dem Umweltaspekt langfristig auch Geld gespart werden.

Bei der neuen Mehrzweckhalle in Staffort, die wir in Ihrer Realisierung unterstützen, könnte mit einer PV Anlage der Anfang gemacht werden. Wir sind froh, dass der Neubau der Mehrzweckhalle nun in die Wege geleitet werden kann. Die Vorarbeit ist gemacht und die Gelder für einen Wettbewerb im Haushalt eingestellt. Zu beachten ist, dass wie im AUT bereits von uns angemerkt, die Kostenschätzung auf einem alten Stand ist. Aufgrund der Preissteigerungen im Baugewerbe ist hier mindestens eine halbe Million mehr einzustellen, die Extras wie PV oder vollwertige Küche noch nicht eingerechnet. Dies muss in der mittelfristigen Finanzplanung korrigiert werden.

Neben der Verringerung des CO₂ Ausstoßes gibt es noch weitere umweltrelevante Themen, die uns am Herzen liegen, wie z.B. die Bekämpfung des Artensterbens. In der Vergangenheit wurden Probleme wie der Rückgang der Feldvögel und der Biodiversität hinten angestellt, in der Hoffnung, die Themen lösen sich von alleine. Aber das Gegenteil ist der Fall. Ohne den Schutz der Insekten werden die Landwirte in Zukunft immer geringere Ernten einfahren. Bereits heute werden Obstbäume in Asien und in den USA mit der Hand bestäubt, um die ausgestorbenen Bienen zu ersetzen. Zu glauben, eine solche Situation könne bei uns nicht entstehen, ist naiv.

Aus unserer Sicht müssen Mittel eingesetzt werden, um die bei der Flurneuordnung und der Biotopvernetzung gemachten konstruktiven Fehler zu korrigieren. Neue Flächen müssen angekauft und stadteigene Grundstücke nicht mehr verpachtet werden, um Vernetzungstreifen zu verbreitern und Heckenzüge besser vor Erholungssuchenden abzuschirmen.

Auch darf der runde Tisch mit den Landwirten keine Alibi-Veranstaltung sein. Es sollte mit den Landwirten ein Konzept ausgearbeitet werden, wie umweltverträgliche Landwirtschaft in Stutensee betrieben werden kann. Wir haben verantwortungsbewusste und vernünftige Landwirte, die, wenn man sie einbezieht, sicher umweltverträgliche Lösungen finden. Andere Kommunen sind bei diesem Thema schon einen Schritt weiter. Ich bitte unsere neue OB sich diesem Thema anzunehmen. Unserer Umwelt und unseren nachfolgenden Generationen zuliebe.

Und wenn wir schon bei der nachfolgenden Generation sind, für die die Bewahrung der Schöpfung im Vordergrund steht, dann sollten wir dieser auch das Gefühl geben, dass sie uns nicht nur im Kindergarten und in der Schule wichtig ist, sondern auch in Ihrer Freizeit. Hier leisten zum Glück die Kirchen und Vereine schon tolle Arbeit, die durch die Vereinsförderung auch partiell durch die Stadt unterstützt wird. Allerdings gibt es neben dem Jugendtreff in Blankenloch, der sehr gut geführt wird, keine weiteren Treffpunkte, ausser der Schutzhütte in Friedrichstal. Uns ist es wichtig, dass wir auch in den nördlichen Stadtteilen wieder Treffs installieren. Räume, wie das neue Begegnungszentrum oder das Oskar Hornung Haus sind vorhanden. Jetzt gilt es diese mit Leben zu füllen. Auch wenn die Erfahrungen in den letzten Anläufen nicht immer positiv waren, müssen wir dieses Thema erneut aufgreifen. Mit Einbeziehung der Jugendlichen kann, wie der Graubau in Blankenloch zeigt, etwas gutes Gelingen.

Auch das Spöcker Schwimmbad sehen wir zum Wohle unserer Kinder noch nicht endgültig geschlossen. Vor 2 Jahren konnten wir im Gespräch mit OB Demal bewirken, dass das Bad weiterbetrieben wird, so lange keine größeren Reparaturen anfallen. Wir können uns aber durchaus auch vorstellen, mit einem überschaubaren Jahresbudget, nach und nach kleinere Investitionen zu tätigen, um das Bad als Lernschwimmbecken mittelfristig für unsere Kinder erhalten zu können. Wir bitten die Stadtverwaltung Untersuchungen durchzuführen, auf welche Art und Weise das Bad mit angemessenen Mitteln weiterbetrieben werden kann.

Neben unseren Kindern und Jugendlichen liegen uns auch besonders unsere Senioren am Herzen. Eine Generation, die unser Land aufgebaut und unseren Wohlstand erarbeitet hat. Dieser Generation sollten wir auch im Alter unsere Wertschätzung entgegenbringen. Da die Themen uns Jüngeren jedoch manchmal nicht präsent sind, hat die CDU den Antrag gestellt, einen Seniorenbeirat zu gründen. Diesen sehen wir beratend neben dem Gemeinderat tätig, um das Leben in Stutensee für Seniorinnen und Senioren angenehmer zu machen und zu verbessern.

In Blankenloch und Friedrichstal sind wir, was die Pflege und das Wohnen im Alter angeht gut aufgestellt. Leider sieht es in Spöck und Staffort zur Zeit nicht ganz so gut aus. Unsere Bestrebungen sind, alten Menschen auch in diesen Stadtteilen die Möglichkeit zu geben, in ihrer gewohnten Umgebung betreut zu werden, damit das soziale Umfeld durch Besuche von Familie und Freunden bestehen bleiben kann. Potential sehen wir in den Neubaugebieten, wo wir über entsprechende Konzepte nachdenken sollten.

Dem Ehrenamt messen wir in unserer Gesellschaft und vor allem auch hier in Stutensee einen hohen Stellenwert bei. An dieser Stelle bedanken wir uns herzlich bei allen Vereinen, Kirchen und Hilfsorganisationen, die zum Gemeinwohl in unserer Stadt beitragen.

Es gibt tolle Veranstaltungen von Vereinen aber auch von Ehrenamtlichen, wie die aktuellen Weihnachtsmärkte, Sommerfeste, Konzerte oder auch Swing in Stutensee. Wir sollten diese kulturellen Veranstaltungen bündeln und neue Ideen entwickeln. Stutensee hatte vor Jahren einen Kulturkalender und einen Kulturausschuss, der leider nicht mehr tagt. Wenn wir uns mit anderen Kleinstädten wie Bruchsal oder Ettlingen vergleichen, liegt hier noch viel Entwicklungspotential. Gemeinsame Veranstaltungen fördern den Gemeinsinn und das gute Miteinander, was in Zeiten von Hass und Hetze sicher wichtig ist.

Die Flüchtlingskrise hat sich glücklicherweise in Stutensee nicht zum Problem entwickelt. Integration wurde von Anfang an ernst genommen und neben den hauptamtlichen Mitarbeitern im Rathaus haben sich gerade viele Ehrenamtliche engagiert, denen unser großer Respekt gilt. An dieser Stelle bedanken wir uns ausdrücklich bei allen, die zur Integration beigetragen haben und noch immer beitragen. Nur durch Ihr Engagement ist ein gutes und friedliches gewährleistet.

Neben den Vereinen leisten die Hilfsorganisationen einen großen Beitrag für unsere Gesellschaft. Hier sollten die Rahmenbedingungen stimmen, weshalb wir auch den eingestellten Mitteln für die Feuerwehr im Haushalt ohne Vorbehalte zustimmen. Allerdings sehen wir dringend die Notwendigkeit, den Feuerwehrbedarfsplan zu überarbeiten und fortzuschreiben. Der letzte Feuerwehrbedarfsplan ist auf dem Stand von vor 10 Jahren.

Seit Jahren mahnen wir bei der Stadtverwaltung eine Überarbeitung an, die laut Gesetzgeber auch alle 5 Jahre zu erfolgen hat. Hier fordern wir unsere neue Oberbürgermeisterin auf, die Entwicklung unserer Wehren zur Chefsache zu machen und zusammen mit unserem Stadtbrandmeister und unseren Ehrenamtlichen Feuerwehrleuten einen neuen Feuerwehrbedarfsplan zu schreiben. Wichtig ist uns, alle Abteilungen in allen Stadtteilen mit einzubeziehen und gute Lösungen mit breiter Akzeptanz zu finden. Wir sind auf unsere Feuerwehr angewiesen und möchten sie durch ideale Rahmenbedingungen in ihrer sehr guten Arbeit unterstützen.

Am Ende meiner Rede danke ich allen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben, allen voran unserem Kämmerer Herrn Hambrecht. Wir fühlen uns bei Ihnen in guten Händen und stehen aufgrund Ihrer guten Haushaltsführung besser da als viele andere Kommunen.

Bedanken möchten wir uns aber auch bei der Stadtverwaltung und allen Mitarbeitern, die in den letzten beiden, sicherlich nicht einfachen Jahren, unsere Stadt weiter vorangebracht haben.

Der Dank geht auch an unsere erste Bürgermeisterin Sylvia Tröger sowie unseren Bürgermeister Edgar Geissler, die unsere Stadt in der OB Vakanz ein halbes Jahr sehr gut geführt haben.

Ihnen Frau Becker wünschen wir am Ende unserer Rede ein gutes Gespür für Stutensee. Zum einen für die Bürgerinnen und Bürger und deren Belange, zum anderen aber auch für den Gemeinderat und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus, mit den kompetenten und kreativen Bürgermeistern und Amtsleitern an der Spitze. Nutzen Sie dieses Potential das Stutensee Ihnen bietet, damit die nächsten Jahre zum Wohle unserer Stadt positiv verlaufen. Unsere Unterstützung sagen wir Ihnen hierbei zu. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede der Fraktion der Freien Wähler zum Haushalt 2019 der Stadt Stutensee



Der russische Dichter Fjodor Dostojewski sagte einmal „Geld ist geprägte Freiheit“. Er hatte die Freiheit des einzelnen im Sinn; für unseren Haushalt jedoch will uns dieser Satz von Dostojewski sagen: „Geld gibt uns Handlungsfreiheit“. Eine Handlungsfreiheit, die wir als Kommune notwendig brauchen um uns nicht nur große Kreisstadt zu nennen, sondern um die entsprechende Verantwortung auch tatsächlich wahrnehmen zu können.

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin Becker,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Tröger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Geissler,
sehr geehrte Herren Amtsleiter und Mitarbeiter der Stadt

Stutensee,

werte Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinderat und Ortschaftsräten,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Beratungen zum Haushalt 2019 haben wir, wie schon im Jahr zuvor, öffentlich geführt. Da stimmt es schon nachdenklich, dass nur zwei Bürger die Gelegenheit genutzt haben um sich davon zu überzeugen, wie schwierig es ist die Handlungsfreiheit in unserem kommunalen Haushalt weiterhin zu bewahren. Um Missverständnissen vorzubeugen möchte ich es an dieser Stelle ganz klar sagen: die Stadt Stutensee ist finanziell handlungsfähig und wird es, soweit wir es heute absehen können, mittelfristig auch bleiben. Aber unsere Handlungsfreiheit geht in dem Maße zurück, in dem das Geld knapper wird. Und es wird knapper, daran besteht kein Zweifel.

Handlungsfreiheit bewahren heißt, sicher zu stellen, dass wir unsere Pflichtaufgaben erfüllen können und darüber hinaus – und darum drehen sich die Diskussionen im Wesentlichen – müssen wir Möglichkeiten schaffen, um die Zukunft zu gestalten. Zukunft für Stutensee und seine Bürgerinnen und Bürger.

Stutensee ist große Kreisstadt und keine Insel; das heißt unsere finanziellen Möglichkeiten werden von der Welt um uns herum ganz wesentlich mitbestimmt. Und hier haben sich die Vorzeichen im Vergleich zu früheren Jahren deutlich geändert.

Die wirtschaftliche Lage hat sich eingetrübt. Die EZB (Europäische Zentralbank) hat ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone nach unten korrigiert. Die Bundesbank sprach im Juni dieses Jahres noch von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2%, im November waren es nur noch 1.5%. Ähnliche Zahlen werden für 2019 und 2020 erwartet. Wir sehen also eine konjunkturelle Abkühlung. Ein anderer Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung ist der DAX. Dieser hat in den vergangenen Wochen 20% seines Wertes eingebüßt. Brexit, Italien, die US Handelspolitik, die Krisen um den Iran und die Ukraine belasten das Bild.

Die EZB spricht dennoch von einer „Hochkonjunkturphase“, was wir sehen ist eine Korrektur, aber eine Rezession sei weit und breit nicht in Sicht. Trotz dieser Hochkonjunkturphase, in der es der Wirtschaft gut geht und in der die Steuern sprudeln, fehlt es an vielen Stellen an

Geld. Ministerpräsident Kretschmann sagte kürzlich in einem Interview „Wir Länder sind eindeutig unterfinanziert.“ Und was für die Länder gilt, das gilt umso mehr für die Kommunen. Diese Eintrübung des gesamtwirtschaftlichen Bildes und die strukturellen Schwächen bei der Finanzausstattung der Kommunen sollten wir nicht außer Acht lassen, wenn wir jetzt den Blick auf die kommunalen Finanzen unserer großen Kreisstadt richten.

In Stutensee haben wir in den vergangenen Jahren verantwortungsvoll gewirtschaftet und ein ansehnliches Investitionsprogramm geschultert. Das neue Stutensee-Bad, die Brandschutzmaßnahmen an unseren Schulen, die Sanierung unserer Straßen und die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sind nur einige Beispiele hierfür. Das Haushaltsvolumen hat sich von 80 Mio € in 2017 auf über 90 Mio € in 2018 erhöht um für 2019 wieder etwas zurück zu gehen auf 88 Mio €.

Im gleichen Zeitraum hat sich unsere Rücklage von knapp 7 Mio € auf den gesetzlichen Mindestbestand von 1.5 Mio € verringert. Das bedeutet, dass Investitionen nur möglich sind durch Einnahmen, Vermögensumschichtungen (also durch Grundstückverkäufe) oder durch Kreditaufnahmen. Bei letzteren sind uns allerdings auch gesetzliche Grenzen gesetzt.

Aus diesen Mitteln müssen wir unsere ureigenen kommunalen Aufgaben erfüllen: vom Kindergartenbetrieb über die Schulausstattung bis zum Friedhofsunterhalt und von der Gehwegsanierung über den Straßenbau bis zum Erschließen neuer Wohngebiete, vom Naturschutz über die Familienzentren oder Vereinsförderung. Eine sehr breite Palette von Pflicht- und auch einigen Küraufgaben. Allesamt Aufgaben, die unserer Stadt und den Menschen hier zu Gute kommen. Allesamt Aufgaben für die das notwendige Budget zur Verfügung stehen muss.

Bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022, sehen wir, dass die Zuführungsraten schrumpfen, die Rücklagen beim Minimum angekommen sind und der Schuldenstand steigt. Wir müssen also sowohl bei den Einnahmen, wie bei den Ausgaben kritisch überprüfen, was nötig und was möglich ist. Dies sollten wir allerdings mit einer strategischen Perspektive tun und eine umfassende, ganzheitliche Betrachtung dazu anstellen. Wir müssen eine klare Vorstellung erarbeiten, wie sich unsere Stadt entwickeln soll. Wir verweisen auf unseren schon früher gestellten Antrag: die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes mit einem Zeithorizont bis 2025 oder 2030 aktiv anpacken. Selbstverständlich muss dieser Prozess, wie schon bei früheren Verfahren, unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger geschehen.

Mit Blick auf das neue kommunale Haushaltsrecht (Doppik) sollten wir im investiven Bereich vorsichtig agieren. Denn für alle unsere Anlagen (Straßen, Gebäude, usw.) müssen wir ab 2020 Abschreibungen erwirtschaften. Wie hoch diese Abschreibungen sein werden, wissen wir noch nicht genau. Unser Kämmerer geht von 3.3 Mio € aus, die Zahl könnte aber durchaus noch größer ausfallen. Dieses Geld wird uns an anderer Stelle fehlen. Auch aus diesem Grund war die im Juli vom Gemeinderat beschlossene maßvolle Erhöhung von Steuern (dazu zähle ich auch die Grundsteuer und die Gewerbesteuer) und Gebühren absolut sinnvoll und trägt dazu bei Handlungsfreiheit zu bewahren.

Lassen Sie mich nun zum Haushalt 2019 kommen. Unser Haushalt sieht ein Volumen von 88.2 Mio. Euro vor. Davon 75.9 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt und 12.3 Mio. Euro im Vermögenhaushalt. Unsere vorgesehenen Investitionen liegen somit in der Größenordnung

der vergangenen Jahre. Im Haushaltsplan für 2019 wurde also sehr viel Wichtiges und Notwendiges berücksichtigt. Möglich wird dies allerdings nur durch Kreditaufnahmen von ca. 4.4 Mio € was unseren Schuldenstand auf 16.6. Mio € treibt. Eine Entnahme aus den Rücklagen ist nicht mehr möglich.

Im Vermögenshaushalt sind die wichtigsten Investitionen: unsere Schulen mit über 3 Mio. €, die Kindergärten mit 1 Mio. €, die Straßen mit ebenfalls 1 Mio €, unsee zahlreichen Sporthallen mit insgesamt 890 000 €, und den Bauhof inkl. dringend notwendiger Fahrzeuge in Höhe von 445.000 €.

Die Schulen schlagen finanziell ganz erheblich zu Buche. Die Schulbildung unserer Kinder muss uns dies aber wert sein. Dennoch sollten wir diesen Posten etwas genauer beleuchten. An der Theodor Heuss Schule in Büchig besteht erheblicher Handlungsbedarf. Hier müssen einige Sofortmaßnahmen getroffen werden und in den kommenden Jahren werden wir größere Summen in die Hand nehmen müssen beim weiteren Ausbau der Schule. Aber auch bei der Friedrich Magnus Schule, bei der Richard Hecht Schule und beim Schulzentrum werden wir in 2019 beträchtliche Investitionen vornehmen. Die Schullandschaft verändert sich und das müssen wir als Schulträger dann in den Gebäuden und der Ausstattung widerspiegeln. Apropos Ausstattung: Was mit dem sogenannten „Digitalpakt“ noch auf uns zu kommt bleibt abzuwarten, denn die vom Bund versprochenen 5.5 Mrd € reichen, umgerechnet auf alle Schulen in Deutschland, gerade mal für zwei Tablet PCs pro Schulklasse. Da werden Länder und Kommunen sicher noch einiges drauf legen müssen um unsere Kinder fit zu machen für die digitale Zukunft.

Ein anderes Thema, das uns am Herzen liegt, ist die Mehrzweckhalle in Staffort. Mit einer Zuschussmöglichkeit des Bundes von 45% plus evtl. 400 000 € des Landes bietet sich uns eine große Chance. Insofern sollten wir dieses Projekt eine marode, abgewirtschaftete Halle durch eine moderne, zweckmäßige und vielseitig nutzbare Mehrzweckhalle zu ersetzen, entschlossen weiter verfolgen. Deshalb müssen wir in 2019 die notwendigen Planungen weiter vorantreiben um Schulsport, Vereinsnutzungen und kulturelle Angebote in Staffort künftig sinnvoll anbieten zu können.

Auch für das Kleinsthallenbad in Spöck müssen wir, nach jahrelanger Hängepartie, eine Perspektive entwickeln. Dazu schlagen wir vor, einen Arbeitskreis zu bilden in dem Stadtverwaltung, Fraktionsvertreter und Nutzer Vorschläge erarbeiten, welche Möglichkeiten eines Weitertriebes denkbar wären und mit welchen Implikationen dies verbunden wäre.

Die Betreuung und Erziehung unserer Jüngsten in Stutensee sind uns wichtig. Deshalb unterstützen wir auch die Kleinkindbetreuung und die Kindergärten in ganz erheblichem Maß, 1 Mio. € habe ich schon genannt, die in städtische Einrichtungen oder in Einrichtungen kirchlicher oder freier Träger fließen. Ob das „Gute-Kita-Gesetz“ tatsächlich für eine weitere Verbesserung der Betreuungsqualität sorgt und wieviel Geld letztlich bei uns ankommen wird, bleibt abzuwarten. Eines ist jedenfalls sicher, mit einem auf vier Jahre befristeten Programm kann keine dauerhafte Verbesserung bei der Kleinkindbetreuung erreicht werden. Es ist zu befürchten, dass die Kommunen auf den Folgekosten sitzen bleiben.

Das Ehrenamt zu fördern, die Arbeit unserer Vereine zu unterstützen, das sportliche, soziale und kulturelle Leben zu stärken, ist wichtig für eine Kommune und hier müssen wir uns auch

in finanziell schwierigen Zeiten kontinuierlich und verlässlich durch unsere Vereinsförderung einbringen.

Beim Thema Ehrenamt wollen wir auch den vielen ehrenamtlichen Helfern im Bereich der Flüchtlingshilfe und der Integrationsförderung hier in Stutensee unseren Dank auszusprechen, denn ohne ihr großes Engagement, ohne ihre Menschlichkeit kann Integration nicht gelingen.

Einbringen müssen wir uns als große Kreisstadt im Speckgürtel von Karlsruhe auch wenn es um Wohnraum geht. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung. Der Siedlungsdruck in unserer Region ist enorm und die stark gestiegenen Preise zeigen, dass die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt.

Das wird mit einem Blick auf die Preise deutlich, zu denen Bauerwartungsland im Gebiet 24-Morgen-Äcker gehandelt wird. Während wir einen Einwurfswert von 117 €/qm angesetzt haben, wechseln bei privaten Veräußerungen Grundstücke zu erheblich höheren Preisen den Eigentümer. Wir müssen uns also Gedanken machen, wie wir mittelfristig bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Dazu gehören auch Projekte für altersgerechtes Wohnen und für betreutes Wohnen. Die Kollegin Karin Vogel, die neue Ortsvorsteherin von Spöck, hat dazu bereits viele Ideen eingebracht und Erfahrungen und Betriebsmodelle aus anderen Gemeinden gesammelt. Gerade im Baugebiet 24-Morgen-Äcker sollten solche Wohnformen angeboten werden. Die hierfür notwendigen Flächen sollte sich die Stadt sichern um die Entwicklung entsprechend beeinflussen zu können.

Neubaugelände im Außenbereich werden auch weiterhin ein Element der Siedlungsentwicklung bleiben, wohl wissend dass Flächen eine begrenzte und deshalb sehr wertvolle Ressource sind. Darüber hinaus müssen wir, und das war unserer Fraktion schon immer ein Anliegen, die Innenentwicklung unserer Stadtteile stärker in den Fokus nehmen. Einerseits muss hier die Baurechtsbehörde pragmatisch und bürgernah Einzelfalllösungen ermöglichen. Andererseits müssen wir bei größeren Arealen die Balance finden zwischen zu schützenden Grüngürteln einerseits und der sinnvollen Umnutzung leerstehender Ökonomiegebäude andererseits. Der Flächenmanager, den wir für diese ebenso wichtige, wie schwierige Aufgabe einstellen wollen, hat also innerhalb des Stadtplanungsamtes eine ganz wesentliche Funktion. Über eines müssen wir uns im Klaren sein, und dazu zitiere ich den früheren Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, der es in seiner unnachahmlichen Weise auf den Punkt brachte: „Das einzige Haus ohne Flächenverbrauch ist das Luftschloss“.

Flächen brauchen wir auch für unsere Gewerbegebiete. Bei den Gewerbegebieten sollten wir uns nicht allein an der Nachfrage orientieren, sondern vielmehr daran was für Stutensee nachhaltig sinnvoll ist. Der Verkauf von Gewerbeflächen sollte unter Aspekten betrachtet werden wie der Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze, die mögliche Erzielung von Gewerbesteuererträgen und dem Flächenverbrauch. Die notwendige Infrastruktur, von der Breitbandverkabelung bis zur Verkehrsanbindung ist als wesentlicher Standortvorteil zu sichern. Eines sollten wir uns vor Augen halten: Die Entwicklung der Gewerbesteuererträge in Stutensee macht seit vielen Jahren eine Seitwärtsbewegung (d.h. wir verzeichnen von Jahr zu Jahr keine wesentliche Steigerung) und das in Zeiten bester

Wirtschaftslage und trotz stetig gestiegener Gewerbeflächen. Alle verdienen kräftig Geld, nur die Stadt partizipiert daran nicht. Das kann eigentlich nicht sein!

Aber Stutensee besteht nicht nur aus bebauter Fläche. Mindestens ebenso wichtig sind die Wiesen, Felder und Wälder um uns herum. Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative der Stadt mit gezielten Maßnahmen dem dramatischen Insektensterben entgegen zu wirken. Die Wildstauden-Aktion ist sicher nur ein kleiner Beitrag, aber die sehr positive Resonanz, die das Programm gefunden hat macht deutlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind sich hierfür zu engagieren. Dies sollte fortgesetzt und durch weitere Maßnahmen ergänzt werden.

Auch für unsere Feuerwehr haben wir im kommenden Jahr mit 420 000 € einen erheblichen Betrag angesetzt, der zur Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten dient. Allerdings sollten wir endlich auch die strukturellen Probleme unserer freiwilligen Feuerwehr angehen. Auch hier verweisen wir auf unseren schon früher gestellten Antrag, die Verwaltung möge einen Statusbericht zur bisherigen Umsetzung des Feuerwehrkonzeptes vorlegen, in dem auch die weiteren Schritte beschrieben werden.

Abschließend möchte ich festhalten: wir haben schwierige Jahre vor uns. Neues Haushaltsrecht, eine sich eintrübende Konjunktur und erhebliche Investitionen in unsere Infrastruktur stellen uns vor Herausforderungen. Lassen Sie uns dies gemeinsam anpacken, entschlossen und optimistisch.

Zum Schluss möchte ich allen, die beim Ausarbeiten des Haushaltes 2019 mitgewirkt haben, den aufrichtigen Dank der Fraktion der Freien Wähler auszusprechen, insbesondere Herrn Hambrecht und seinen Mitarbeitern.

Dem Haushalt 2019 und der mittelfristigen Finanzplanung stimmt die Fraktion der Freien Wähler zu.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihr aufmerksames Zuhören.

Der russische Dichter Fjodor Dostojewski sagte einmal „Geld ist geprägte Freiheit“. Er hatte die Freiheit des einzelnen im Sinn; für unseren Haushalt jedoch will uns dieser Satz von Dostojewski sagen: „Geld gibt uns Handlungsfreiheit“. Eine Handlungsfreiheit, die wir als Kommune notwendig brauchen um uns nicht nur große Kreisstadt zu nennen, sondern um die entsprechende Verantwortung auch tatsächlich wahrnehmen zu können.

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin Becker,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Tröger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Geissler,
sehr geehrte Herren Amtsleiter und Mitarbeiter der Stadt Stutensee,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinderat und Ortschaftsräten,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Beratungen zum Haushalt 2019 haben wir, wie schon im Jahr zuvor, öffentlich geführt. Da stimmt es schon nachdenklich, dass nur zwei Bürger die Gelegenheit genutzt haben um sich davon zu überzeugen, wie schwierig es ist die Handlungsfreiheit in unserem kommunalen Haushalt weiterhin zu bewahren. Um Missverständnissen vorzubeugen möchte

ich es an dieser Stelle ganz klar sagen: die Stadt Stutensee ist finanziell handlungsfähig und wird es, soweit wir es heute absehen können, mittelfristig auch bleiben. Aber unsere Handlungsfreiheit geht in dem Maße zurück, in dem das Geld knapper wird. Und es wird knapper, daran besteht kein Zweifel.

Handlungsfreiheit bewahren heißt, sicher zu stellen, dass wir unsere Pflichtaufgaben erfüllen können und darüber hinaus – und darum drehen sich die Diskussionen im Wesentlichen – müssen wir Möglichkeiten schaffen, um die Zukunft zu gestalten. Zukunft für Stutensee und seine Bürgerinnen und Bürger.

Stutensee ist große Kreisstadt und keine Insel; das heißt unsere finanziellen Möglichkeiten werden von der Welt um uns herum ganz wesentlich mitbestimmt. Und hier haben sich die Vorzeichen im Vergleich zu früheren Jahren deutlich geändert.

Die wirtschaftliche Lage hat sich eingetrübt. Die EZB (Europäische Zentralbank) hat ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone nach unten korrigiert. Die Bundesbank sprach im Juni dieses Jahres noch von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2%, im November waren es nur noch 1.5%. Ähnliche Zahlen werden für 2019 und 2020 erwartet. Wir sehen also eine konjunkturelle Abkühlung. Ein anderer Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung ist der DAX. Dieser hat in den vergangenen Wochen 20% seines Wertes eingebüßt. Brexit, Italien, die US Handelspolitik, die Krisen um den Iran und die Ukraine belasten das Bild.

Die EZB spricht dennoch von einer „Hochkonjunkturphase“, was wir sehen ist eine Korrektur, aber eine Rezession sei weit und breit nicht in Sicht. Trotz dieser Hochkonjunkturphase, in der es der Wirtschaft gut geht und in der die Steuern sprudeln, fehlt es an vielen Stellen an Geld. Ministerpräsident Kretschmann sagte kürzlich in einem Interview „Wir Länder sind eindeutig unterfinanziert.“ Und was für die Länder gilt, das gilt umso mehr für die Kommunen. Diese Eintrübung des gesamtwirtschaftlichen Bildes und die strukturellen Schwächen bei der Finanzausstattung der Kommunen sollten wir nicht außer Acht lassen, wenn wir jetzt

den Blick auf die kommunalen Finanzen unserer großen Kreisstadt richten.

In Stutensee haben wir in den vergangenen Jahren verantwortungsvoll gewirtschaftet und ein ansehnliches Investitionsprogramm geschultert. Das neue Stutensee-Bad, die Brandschutzmaßnahmen an unseren Schulen, die Sanierung unserer Straßen und die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sind nur einige Beispiele hierfür. Das Haushaltsvolumen hat sich von 80 Mio € in 2017 auf über 90 Mio € in 2018 erhöht um für 2019 wieder etwas zurück zu gehen auf 88 Mio €.

Im gleichen Zeitraum hat sich unsere Rücklage von knapp 7 Mio € auf den gesetzlichen Mindestbestand von 1.5 Mio € verringert. Das bedeutet, dass Investitionen nur möglich sind durch Einnahmen, Vermögensumschichtungen (also durch Grundstückverkäufe) oder durch Kreditaufnahmen. Bei letzteren sind uns allerdings auch gesetzliche Grenzen gesetzt.

Aus diesen Mitteln müssen wir unsere ureigenen kommunalen Aufgaben erfüllen: vom Kindergartenbetrieb über die Schulausstattung bis zum Friedhofsunterhalt und von der Gehwegsanierung über den Straßenbau bis zum Erschließen neuer Wohngebiete, vom Naturschutz über die Familienzentren oder Vereinsförderung. Eine sehr breite Palette von Pflicht- und auch einigen Küraufgaben. Allesamt Aufgaben, die unserer Stadt und den

Menschen hier zu Gute kommen. Allesamt Aufgaben für die das notwendige Budget zur Verfügung stehen muss.

Bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022, sehen wir, dass die Zuführungsraten schrumpfen, die Rücklagen beim Minimum angekommen sind und der Schuldenstand steigt. Wir müssen also sowohl bei den Einnahmen, wie bei den Ausgaben kritisch überprüfen, was nötig und was möglich ist. Dies sollten wir allerdings mit einer strategischen Perspektive tun und eine umfassende, ganzheitliche Betrachtung dazu anstellen. Wir müssen eine klare Vorstellung erarbeiten, wie sich unsere Stadt entwickeln soll. Wir verweisen auf unseren schon früher gestellten Antrag: die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes mit einem Zeithorizont bis 2025 oder 2030 aktiv anpacken. Selbstverständlich muss dieser Prozess, wie schon bei früheren Verfahren, unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger geschehen.

Mit Blick auf das neue kommunale Haushaltsrecht (Doppik) sollten wir im investiven Bereich vorsichtig agieren. Denn für alle unsere Anlagen (Straßen, Gebäude, usw.) müssen wir ab 2020 Abschreibungen erwirtschaften. Wie hoch diese Abschreibungen sein werden, wissen wir noch nicht genau. Unser Kämmerer geht von 3.3 Mio € aus, die Zahl könnte aber durchaus noch größer ausfallen. Dieses Geld wird uns an anderer Stelle fehlen. Auch aus diesem Grund war die im Juli vom Gemeinderat beschlossene maßvolle Erhöhung von Steuern (dazu zähle ich auch die Grundsteuer und die Gewerbesteuer) und Gebühren absolut sinnvoll und trägt dazu bei Handlungsfreiheit zu bewahren.

Lassen Sie mich nun zum Haushalt 2019 kommen. Unser Haushalt sieht ein Volumen von 88.2 Mio. Euro vor. Davon 75.9 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt und 12.3 Mio. Euro im Vermögenhaushalt. Unsere vorgesehenen Investitionen liegen somit in der Größenordnung der vergangenen Jahre. Im Haushaltsplan für 2019 wurde also sehr viel Wichtiges und Notwendiges berücksichtigt. Möglich wird dies allerdings nur durch Kreditaufnahmen von ca. 4.4 Mio € was unseren Schuldenstand auf 16.6 Mio € treibt. Eine Entnahme aus den Rücklagen ist nicht mehr möglich.

Im Vermögenshaushalt sind die wichtigsten Investitionen: unsere Schulen mit über 3 Mio. €, die Kindergärten mit 1 Mio. €, die Straßen mit ebenfalls 1 Mio €, unsee zahlreichen Sporthallen mit insgesamt 890 000 €, und den Bauhof inkl. dringend notwendiger Fahrzeuge in Höhe von 445.000 €.

Die Schulen schlagen finanziell ganz erheblich zu Buche. Die Schulbildung unserer Kinder muss uns dies aber wert sein. Dennoch sollten wir diesen Posten etwas genauer beleuchten. An der Theodor Heuss Schule in Büchig besteht erheblicher Handlungsbedarf. Hier müssen einige Sofortmaßnahmen getroffen werden und in den kommenden Jahren werden wir größere Summen in die Hand nehmen müssen beim weiteren Ausbau der Schule. Aber auch bei der Friedrich Magnus Schule, bei der Richard Hecht Schule und beim Schulzentrum werden wir in 2019 beträchtliche Investitionen vornehmen. Die Schullandschaft verändert sich und das müssen wir als Schulträger dann in den Gebäuden und der Ausstattung widerspiegeln. Apropos Ausstattung: Was mit dem sogenannten „Digitalpakt“ noch auf uns zu kommt bleibt abzuwarten, denn die vom Bund versprochenen 5.5 Mrd € reichen, umgerechnet auf alle Schulen in Deutschland, gerade mal für zwei Tablet PCs pro Schulklasse. Da werden Länder und Kommunen sicher noch einiges drauf legen müssen um unsere Kinder fit zu machen für die digitale Zukunft.

Ein anderes Thema, das uns am Herzen liegt, ist die Mehrzweckhalle in Staffort. Mit einer Zuschussmöglichkeit des Bundes von 45% plus evtl. 400 000 € des Landes bietet sich uns eine große Chance. Insofern sollten wir dieses Projekt eine marode, abgewirtschaftete Halle durch eine moderne, zweckmäßige und vielseitig nutzbare Mehrzweckhalle zu ersetzen, entschlossen weiter verfolgen. Deshalb müssen wir in 2019 die notwendigen Planungen weiter vorantreiben um Schulsport, Vereinsnutzungen und kulturelle Angebote in Staffort künftig sinnvoll anbieten zu können.

Auch für das Kleinsthallenbad in Spöck müssen wir, nach jahrelanger Hängepartie, eine Perspektive entwickeln. Dazu schlagen wir vor, einen Arbeitskreis zu bilden in dem Stadtverwaltung, Fraktionsvertreter und Nutzer Vorschläge erarbeiten, welche Möglichkeiten eines Weitertriebes denkbar wären und mit welchen Implikationen dies verbunden wäre.

Die Betreuung und Erziehung unserer Jüngsten in Stutensee sind uns wichtig. Deshalb unterstützen wir auch die Kleinkindbetreuung und die Kindergärten in ganz erheblichem Maß, 1 Mio. € habe ich schon genannt, die in städtische Einrichtungen oder in Einrichtungen kirchlicher oder freier Träger fließen. Ob das „Gute-Kita-Gesetz“ tatsächlich für eine weitere Verbesserung der Betreuungsqualität sorgt und wieviel Geld letztlich bei uns ankommen wird, bleibt abzuwarten. Eines ist jedenfalls sicher, mit einem auf vier Jahre befristeten Programm kann keine dauerhafte Verbesserung bei der Kleinkindbetreuung erreicht werden. Es ist zu befürchten, dass die Kommunen auf den Folgekosten sitzen bleiben.

Das Ehrenamt zu fördern, die Arbeit unserer Vereine zu unterstützen, das sportliche, soziale und kulturelle Leben zu stärken, ist wichtig für eine Kommune und hier müssen wir uns auch in finanziell schwierigen Zeiten kontinuierlich und verlässlich durch unsere Vereinsförderung einbringen.

Beim Thema Ehrenamt wollen wir auch den vielen ehrenamtlichen Helfern im Bereich der Flüchtlingshilfe und der Integrationsförderung hier in Stutensee unseren Dank auszusprechen, denn ohne ihr großes Engagement, ohne ihre Menschlichkeit kann Integration nicht gelingen.

Einbringen müssen wir uns als große Kreisstadt im Speckgürtel von Karlsruhe auch wenn es um Wohnraum geht. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung. Der Siedlungsdruck in unserer Region ist enorm und die stark gestiegenen Preise zeigen, dass die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt.

Das wird mit einem Blick auf die Preise deutlich, zu denen Bauerwartungsland im Gebiet 24-Morgen-Äcker gehandelt wird. Während wir einen Einwurfswert von 117 €/qm angesetzt haben, wechseln bei privaten Veräußerungen Grundstücke zu erheblich höheren Preisen den Eigentümer. Wir müssen uns also Gedanken machen, wie wir mittelfristig bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Dazu gehören auch Projekte für altersgerechtes Wohnen und für betreutes Wohnen. Die Kollegin Karin Vogel, die neue Ortsvorsteherin von Spöck, hat dazu bereits viele Ideen eingebracht und Erfahrungen und Betriebsmodelle aus anderen Gemeinden gesammelt. Gerade im Baugebiet 24-Morgen-Äcker sollten solche Wohnformen angeboten werden. Die hierfür notwendigen Flächen sollte sich die Stadt sichern um die Entwicklung entsprechend beeinflussen zu können.

Neubaugelbiete im Außenbereich werden auch weiterhin ein Element der Siedlungsentwicklung bleiben, wohl wissend dass Flächen eine begrenzte und deshalb sehr wertvolle Ressource sind. Darüber hinaus müssen wir, und das war unserer Fraktion schon immer ein Anliegen, die Innenentwicklung unserer Stadtteile stärker in den Fokus nehmen. Einerseits muss hier die Baurechtsbehörde pragmatisch und bürgernah Einzelfalllösungen ermöglichen. Andererseits müssen wir bei größeren Arealen die Balance finden zwischen zu schützenden Grüngerüsten einerseits und der sinnvollen Umnutzung leerstehender Ökonomiegebäude andererseits. Der Flächenmanager, den wir für diese ebenso wichtige, wie schwierige Aufgabe einstellen wollen, hat also innerhalb des Stadtplanungsamtes eine ganz wesentliche Funktion. Über eines müssen wir uns im Klaren sein, und dazu zitiere ich den früheren Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, der es in seiner unnachahmlichen Weise auf den Punkt brachte: „Das einzige Haus ohne Flächenverbrauch ist das Luftschloss“.

Flächen brauchen wir auch für unsere Gewerbegebiete. Bei den Gewerbegebieten sollten wir uns nicht allein an der Nachfrage orientieren, sondern vielmehr daran was für Stutensee nachhaltig sinnvoll ist. Der Verkauf von Gewerbeflächen sollte unter Aspekten betrachtet werden wie der Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze, die mögliche Erzielung von Gewerbesteuererinnahmen und dem Flächenverbrauch. Die notwendige Infrastruktur, von der Breitbandverkabelung bis zur Verkehrsanbindung ist als wesentlicher Standortvorteil zu sichern. Eines sollten wir uns vor Augen halten: Die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen in Stutensee macht seit vielen Jahren eine Seitwärtsbewegung (d.h. wir verzeichnen von Jahr zu Jahr keine wesentliche Steigerung) und das in Zeiten bester Wirtschaftslage und trotz stetig gestiegener Gewerbeflächen. Alle verdienen kräftig Geld, nur die Stadt partizipiert daran nicht. Das kann eigentlich nicht sein!

Aber Stutensee besteht nicht nur aus bebauter Fläche. Mindestens ebenso wichtig sind die Wiesen, Felder und Wälder um uns herum. Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative der Stadt mit gezielten Maßnahmen dem dramatischen Insektensterben entgegen zu wirken. Die Wildstauden-Aktion ist sicher nur ein kleiner Beitrag, aber die sehr positive Resonanz, die das Programm gefunden hat macht deutlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind sich hierfür zu engagieren. Dies sollte fortgesetzt und durch weitere Maßnahmen ergänzt werden.

Auch für unsere Feuerwehr haben wir im kommenden Jahr mit 420 000 € einen erheblichen Betrag angesetzt, der zur Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten dient. Allerdings sollten wir endlich auch die strukturellen Probleme unserer freiwilligen Feuerwehr angehen. Auch hier verweisen wir auf unseren schon früher gestellten Antrag, die Verwaltung möge einen Statusbericht zur bisherigen Umsetzung des Feuerwehrkonzeptes vorlegen, in dem auch die weiteren Schritte beschrieben werden.

Abschließend möchte ich festhalten: wir haben schwierige Jahre vor uns. Neues Haushaltsrecht, eine sich eintrübende Konjunktur und erhebliche Investitionen in unsere Infrastruktur stellen uns vor Herausforderungen. Lassen Sie uns dies gemeinsam anpacken, entschlossen und optimistisch.

Haushaltsrede der Fraktion der Freien Wähler zum Haushalt 2019

Zum Schluss möchte ich allen, die beim Ausarbeiten des Haushaltes 2019 mitgewirkt haben, den aufrichtigen Dank der Fraktion der Freien Wähler auszusprechen, insbesondere Herrn Hambrecht und seinen Mitarbeitern.

Dem Haushalt 2019 und der mittelfristigen Finanzplanung stimmt die Fraktion der Freien Wähler zu.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihr aufmerksames Zuhören.

Haushaltsrede 2019 der SPD-Gemeinderatsfraktion Stutensee



Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Becker,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Tröger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Geißler,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

Gemeindehaushaltspläne, wie der zur Verabschiedung vorliegende, sind nicht isoliert zu betrachten, sondern müssen immer im Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beurteilt werden. Denn die Einnahmenseite des Verwaltungshaushaltes ist sehr wesentlich von den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie von den Schlüsselzuweisungen des Landes geprägt, die ihrerseits von der konjunkturellen Lage abhängig sind. Und hier haben sich in den letzten Monaten die Prognosen deutlich verändert.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf basiert noch auf der Frühjahrsprojektion 2018 der Bundesregierung, die für 2018 von einer Zunahme des Bruttoinlandprodukts um 2,3 Prozent ausgeht und für 2019 einen Anstieg um 2,1 Prozent prognostiziert. Mittlerweile wird die wirtschaftliche Situation aber von den Wirtschaftsweisen (dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung), den Wirtschaftsforschungsinstituten Ifo, DIW, IfW und der Bundesbank nicht mehr so positiv eingeschätzt.

Die Wirtschaftsweisen gehen für 2018 nur noch von einem Anstieg um 1,6 Prozent und für 2019 um 1,5 Prozent aus. Die Bundesbank prognostiziert 1,5 Prozent für 2018 und 1,6 Prozent für 2019, während das Ifo-Institut für 2018 1,5 Prozent und für 2019 sogar nur noch 1,1 Prozent annimmt. Die hauptsächlichen Ursachen für diese Entwicklung werden in den Unsicherheiten über einen möglicherweise unregelmäßigen Brexit, die Finanzpolitik Italiens, die US-Handelspolitik sowie die selbst verursachte Schwächeperiode der Autoindustrie gesehen. Trotz dieser abgesenkten Prognosen sei aber keine Rezession zu erwarten, und vorerst werde die deutsche Wirtschaft noch in der Hochkonjunkturphase bleiben.

Sollten diese Vorhersagen eintreten, so werden auch die Einnahmen unserer Stadt aus den Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie den Schlüsselzuweisungen nicht mehr ganz so hoch ausfallen. Deshalb ist für das bevorstehende Haushaltsjahr Vorsicht bei Investitionen anzuraten, zumal auch die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht ab 2020 ansteht.

Dieses NKHR verbucht die Abschreibungen als reale Ausgaben und nicht mehr nur kalkulatorisch wie bisher. Entsprechend mindert sich der Betrag, der für neue Investitionen zur Verfügung steht. Und jede neue Investition erhöht ihrerseits die Abschreibungsrate.

Solange wir nicht wissen, wie hoch die reale Abschreibungssumme ist, sollten im Jahr 2019 nur die wirklich notwendigen Investitionen erfolgen. Im Verlauf des nächsten Jahres ist dann

der Vermögensbestand unserer Stadt und damit die Abschreibungsrate genau zu ermitteln. Bei einem vorerst kalkulierten Abschreibungsbetrag in Höhe von 3,3 Mio € und einer geplanten Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt in Höhe von 4,026 Mio € könnte auch nach den Vorgaben des NKHR die Mindestzuführungsrate in Höhe von 398.300€ auf jeden Fall erwirtschaftet und sogar übertroffen werden. In den Folgejahren wäre dies zwar nach dem alten Haushaltsrecht, nicht mehr aber nach dem dann gültigen NKHR der Fall.

Deshalb war es richtig, einige Steuern und Gebühren nach vielen Jahren zum 1.1.2019 maßvoll zu erhöhen. Durch die Anhebung der Gewerbesteuer von 340 v.H. auf 360 v.H. liegen wir im Mittelfeld vergleichbarer Gemeinden und Städte, und angesichts der günstigen Konjunktur werden die betroffenen Betriebe sicher nicht überfordert.

Nach 20 Jahren wird auch die Grundsteuer B ebenfalls maßvoll von 340 v.H. auf 360 v.H. angehoben. Dadurch wird nicht einmal die Inflationsrate ausgeglichen, die in der langen Zwischenzeit aufgetreten ist.

Gleiches gilt für die Erhöhung der Festhallen- und Sporthallengebühren, die keinen Nutzer über Gebühr belasten.

Was die Einnahmen durch die Gewerbesteuer anbetrifft, so variieren diese von Jahr zu Jahr teilweise beträchtlich und liegen einmal über, einmal unter der veranschlagten Summe. Doch die Erfahrung zeigt, dass Einnahmen, die in einem Jahr nicht realisiert werden, in den Folgejahren wieder nachgeholt werden und die Schätzungen sogar deutlich übertreffen, wie es in diesem Jahr der Fall ist. Die für 2019 und die Folgejahre geplanten Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von jeweils 6,35 Mio € abzüglich der Gewerbesteuerumlage sind neben dem Anteil an der Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen die wichtigste Einnahmequelle und für einen ausgeglichenen Haushalt unverzichtbar. Von daher bleibt zu hoffen, dass die eingangs erwähnten weltwirtschaftlichen Risiken mit Vernunft und Augenmaß entschärft werden und nicht die sehr stark exportorientierte deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen.

Nach den Einnahmen gilt es auch die Ausgaben des Verwaltungshaushalts ins Blickfeld zu nehmen. Dabei fällt sehr positiv auf, dass der Kreistag angesichts der guten finanziellen Situation die Kreisumlage um zwei Punkte senken will. Dadurch reduziert sich diese Ausgabe von 10,5637 Mio € in 2018 auf 10,1271 Mio € in 2019. Wir hoffen, dass dies vom Kreistag auch wirklich so entschieden wird, denn es liegt ein Antrag der Kreistags-Grünen vor, die Kreisumlage nur um einen Punkt abzusenken.

Ohne Gewissheit über die konkreten Auswirkungen des NKHR und die sonst noch nicht absehbaren Einflüsse auf den Verwaltungshaushalt zu haben, sollten wir nicht auf die Einsparungen durch die globale Minderausgabe verzichten. Die Verwaltung schlägt ja vor, im Verlauf des nächsten Jahres darüber zu beraten.

Der größte Posten im Verwaltungshaushalt sind die Personalausgaben mit der veranschlagten Summe von 15,7249 Mio €. Dass es sich dabei um keine üppige Personalausstattung handelt, wird deutlich, wenn man sich die Überstundenberge, die teilweise entstanden sind, vor Augen führt. Dankenswerterweise erarbeiten Sie, Frau Oberbürgermeisterin Becker, zusammen mit den Mitarbeitern Konzepte, wie bei gleichbleibend hohem Dienstleistungsstandard die Arbeit zukünftig so organisiert werden kann, dass Überstunden nur noch in geringem Umfang anfallen. Die SPD-Fraktion unterstützt sie im Interesse der teilweise stark beanspruchten Mitarbeiter in diesem Vorhaben.

Eine solche starke Beanspruchung gibt es auch im Bereich der kommunalen Jugendsozialarbeit. Durch zusätzliche Aufgaben wie beispielsweise die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Jugendforen sowie die Integrationsarbeit im Bereich der geflüchteten Kinder und Jugendlichen ist die Belastung der Jugendsozialarbeiter weiter gestiegen. Das gilt auch für die Schulsozialarbeit, die immer stärker in Anspruch genommen wird.

Darüber hinaus haben Jugendliche den Wunsch geäußert, auch in den Ferien einen offenen Treff nutzen zu können. Ebenfalls wurden die fehlenden kommunalen Angebote für Jugendliche in den nördlichen Stadtteilen angesprochen.

Schließlich werden aus den Jugendforen konkrete Projekte erwachsen, die der Begleitung durch die Jugendsozialarbeiter bedürfen. Deshalb sollte die Stadtverwaltung dem Gemeinderat entsprechend des Mehrbedarfs einen Vorschlag zur erforderlichen Stellenanhebung unterbreiten. In Abstimmung mit den Mitarbeitern des Fachbereichs könnte dies im ersten Halbjahr 2019 erfolgen. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion liegt der Stadtverwaltung vor.

In den Bereich des Verwaltungshaushalts fallen auch zwei Anträge, die heute zur Beschlussfassung vorlagen und positiv beschieden worden sind.

Ein Seniorenbeirat, wie er vorhin beschlossen worden ist, hätte bereits vor vier Jahren eingerichtet werden können. Damals hatte die SPD-Fraktion in ihrer Haushaltsrede einen solchen Beirat im Interesse der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger angeregt. Leider blieb unsere Initiative sowohl bei der Stadtverwaltung als auch im Gemeinderat ohne Resonanz. Umso erfreulicher ist es, dass mittlerweile alle von der Notwendigkeit eines Seniorenbeirats überzeugt sind. Ein Konzept für die Zusammensetzung und Kompetenzen sollte von der Verwaltung in Abstimmung mit dem Gemeinderat im ersten Halbjahr erarbeitet werden. Auf jeden Fall sollte der Seniorenbeirat in alle kommunalen Entscheidungen, die die Lebenswelt der älteren Mitbürger betreffen, einbezogen werden, denn ältere Menschen sehen kommunale Vorhaben oft aus einem ganz anderen Blickwinkel und können entscheidende Anregungen geben.

Erfreulich ist auch, dass der Antrag der SPD-Fraktion auf Übernahme des Karlsruher Seniorenpasses (Karlsruher Pass 65 Plus) allgemeine Zustimmung gefunden hat. Dadurch helfen wir älteren Menschen mit kleinen Renten, die angesichts steigender Miet- und Lebenshaltungskosten zunehmend von Armut bedroht sind. Damit ist leider oft die Vereinsamung der betroffenen Menschen verbunden, die sich kostenpflichtige Angebote in den unterschiedlichsten Lebensbereichen nicht mehr leisten können. Diesem negativen Trend wirkt der Seniorenpass entgegen und ermöglicht älteren Menschen mit kleiner Rente die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Er bietet eine Reihe von Ermäßigungen, etwa für Zoo und Stadtgarten, viele Frei- und Hallenbäder, für kulturelle Veranstaltungen und Einrichtungen. Dazu kommen Rabatte auf Volkshochschulkurse und Büchereien. Deutliche Preisnachlässe gibt es schließlich auch für Monatskarten des Karlsruher Verkehrsverbundes. Solche Preisnachlässe sollte es darüber hinaus für kostenpflichtige Angebote der Stadt Stutensee geben, wir denken da beispielsweise an das neue Hallenbad.

Beim Stichwort Hallenbad regen wir nochmals eine Familienkarte an. Auch wenn unsere Eintrittspreise moderat sind, kann der Badbesuch für eine größere Familie doch eine finanzielle Herausforderung sein. Warum soll bei uns nicht möglich sein, was in anderen Gemeinden bereits mit Erfolg praktiziert wird?

Bevor wir zum Vermögens- und Investitionsplan überleiten, seien uns einige grundsätzliche Anmerkungen gestattet.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Becker, die heutige Beratung und Abstimmung über die beiden Anträge aus den Gemeinderatsfraktionen zeigt, dass es für Sie selbstverständlich ist, zeitnah auf Anregungen und Anträge aus den Fraktionen einzugehen. Ebenfalls ist Ihnen der Dialog mit den Bürgern ein wichtiges Anliegen. Das zeigen Ihre Bürgersprechstunde in allen Stadtteilen sowie die beabsichtigten zwei Bürgerversammlungen pro Jahr abwechselnd ebenfalls in allen Stadtteilen. Wir begrüßen diese Bürgernähe sehr und regen darüber hinaus an, wenn es sich thematisch anbietet, auch wieder Gemeinderatssitzungen in den nördlichen Stadtteilen abzuhalten.

Weiterhin halten wir die Bürgerbeteiligung bei zentralen kommunalen Vorhaben für unverzichtbar. Die Perspektivwerkstätten „Zukunft-Wohnen-Stutensee“, das Jugendforum, das „Bürger-Café Digitalisierung“ waren und sind wichtige Formen der Beteiligung der verschiedenen Altersgruppen der Bürgerschaft am kommunalen Geschehen. In der Zukunft kommt noch der Seniorenbeirat dazu. Die Bürgerinnen und Bürger, ob jung oder alt, können ihre Erfahrungen und ihre Sachkunde einbringen und dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung wertvolle Anregungen vor anstehenden Entscheidungen geben.

Das gilt auch für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungsplans, der nicht nur Ihnen, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ein vordringliches Anliegen ist. Bereits vor zwei Jahren hat die SPD-Fraktion in ihrer Haushaltsrede unter der Bezeichnung „Masterplan“ einen solchen Gemeindeentwicklungsplan als Richtschnur für zukünftiges kommunales Handeln angemahnt. Wir sollten im nächsten Jahr mit der Erarbeitung eines solchen Planes beginnen und sachkundige Bürger in einer geeigneten Form beteiligen. Die Ideen und Anregungen aus den Perspektivwerkstätten können in diesen Prozess einfließen.

Ein großes Problem für die Stadtentwicklung ist der Mangel an bezahlbarem und sozialem Wohnraum. Die Neubaugebiete Spöck Vierundzwanzigmorgenäcker und Staffort Unterfeld 2 werden mangels gemeindeeigenem Gelände in dieser Hinsicht kaum Abhilfe schaffen können. Und der freie Wohnungsmarkt in diesen Bereichen gibt angesichts durch die Decke schießender Baulandpreise auch zu keiner Hoffnung Anlass. Ob der Stadt von Privateigentümern genügend Flächen zu vertretbaren Preisen zum Ankauf angeboten werden, um eigene Projekte zu realisieren, ist leider stark zu bezweifeln. Übrig bleibt dann noch das Vorkaufsrecht der Stadt, das aber nur für beabsichtigte kommunale Bauprojekte im Sinne des Gemeinwohls ausgeübt werden darf. Bezahlbarer Wohnraum und der soziale Wohnungsbau zählen nach geltendem Recht leider nicht zu diesem Gemeinwohl. So können mittels Vorkaufsrecht nur kleinere Grundstücke erworben werden, die für die Eigentümer kein eigenes Baurecht begründen. Diese Möglichkeit sollte die Stadt mit Augenmaß nutzen, um langwierige Einspruchsverfahren zu vermeiden.

Im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses muss nach Auffassung der SPD-Fraktion auch wieder die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft thematisiert werden. Sollten die eigenen Möglichkeiten dafür nicht ausreichen, so käme vielleicht eine Kooperation mit dem Landkreis in Betracht. Die Kreis-SPD hat in diesem Sinne die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises vorgeschlagen.

Ansonsten bleiben in Zukunft nur Lösungen, wie sie in vorbildlicher Weise für das Wohnprojekt auf dem Neise-Areal und dem Gelände des alten Hallenbades gefunden worden ist. Dort werden von der Volkswohnung Karlsruhe jeweils zu einem Drittel

Sozialwohnungen, bezahlbare Wohnungen und Eigentumswohnungen geschaffen. Voraussetzung für solche Projekte in der Zukunft ist allerdings, dass die Stadt im Besitz ausreichender Flächen ist.

Um innerörtlich weiteren Wohnraum zu gewinnen, hat die Stadt die Stelle eines kommunalen Flächenmanagers ausgeschrieben, die im Rahmen des Fördergramms „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ bezuschusst wird. Wir hoffen, dass es uns mit Hilfe des Flächenmanagers gelingen wird, Leerstände zu aktivieren, Baulücken zu schließen und in geeigneten innerörtlichen Bereichen maßvoll nachzuverdichten.

Dies wird aber wahrscheinlich nicht ausreichen, genügend Wohnraum zu schaffen. Deshalb wird man sich im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses auch Gedanken über möglichst umweltschonende Arrondierungen bestehender Siedlungsgebiete machen müssen. Dass solche Arrondierungen und innerörtlichen Nachverdichtungen durchaus möglich sind, zeigen ja die Bebauung des ehemaligen Lehmanngeländes und der Bebauungsplan Westlich der Bahnhofstraße in Blankenloch sowie die Planung für das ehemalige Bolzplatzgelände in Friedrichstal. Auf dem Gelände in Friedrichstal soll ja durch eine sogenannte „Baugemeinschaft“ ein ganz neues Modell für bezahlbares Wohnen erprobt werden. Wir hoffen, dass sich dafür genügend Interessenten finden und dass dieses innovative Modell erfolgreich sein wird.

Im Stadtentwicklungsprozess wird es auch sehr wesentlich um die Umwelt und Natur gehen. Dem städtischen Umweltbeauftragten kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Mit seinem Engagement und seiner Überzeugungskraft kann er sehr viel erreichen. Dies wird bei den Einstellungsgesprächen für den Nachfolger des aus Altersgründen ausscheidenden gegenwärtigen Umweltbeauftragten besonders zu beachten ist. Der gegenwärtige Amtsinhaber hat dann noch ein halbes Jahr Zeit, seinen Nachfolger einzuarbeiten.

Im zu Ende gehenden Jahr wurde beispielsweise durch die Fortsetzung des Programmes „Naturnah dran“ sowie das Staudenprogramm für die Erhaltung der Insektenvielfalt einiges erreicht. Wichtig war auch die Pflege der Feldgehölze sowie die Entfernung invasiver Pflanzen und Tiere, im speziellen invasiver Krebsarten, zum Schutz einheimischer Arten. Diese Aktivitäten sind fortzusetzen und darüber hinaus sollte die Schlammentwicklung in der Pfinz-Heglach reduziert werden.

Nach diesen grundsätzlichen Anmerkungen nun zu den wichtigsten Positionen des Vermögens- und Investitionsplans.

Den Ansätzen für die Ortsverwaltungen und die Hauptverwaltung stimmen wir zu. Das gilt insbesondere für die vorgesehenen Maßnahmen zur weiteren Digitalisierung der Verwaltung sowie die Online-Bürgerbeteiligung.

Gleiches gilt für die Ergänzung der Ladesäulen für die E-Mobilität in allen Stadtteilen. In diesem Zusammenhang sollte sich die Stadt auch um Anbieter von Carsharing bemühen.

Bei dem Ansatz für die dringend erforderliche Neubeschaffung eines Löschfahrzeuges für die Feuerwehrabteilung Spöck machen wir darauf aufmerksam, dass der immer noch ausstehende Feuerwehrbedarfsplan endlich in Angriff genommen werden sollte.

Priorität für die SPD-Fraktion haben die Schulen und Kindergärten. Eine qualitativ hochstehende Kinderbetreuung und Bildung ist für die Zukunft unserer Gesellschaft ausschlaggebend. Deshalb stimmen wir den vorgesehenen Ausgaben für diese Bereiche gerne zu. Die im Jahr 2019 vorgesehenen Investitionen für die Schulen belaufen sich auf ca.

3,1 Mio €, bei den Kindergärten sind es ca. 1 Mio €. Weiterhin halten auch wir die Neuauflage eines Schulentwicklungsplanes für notwendig, um zukünftig in diesem Bereich rechtzeitig und vorausschauend handeln zu können.

Dies zeigt sich am Beispiel der Theodor-Heuss-Grundschule in Büchig, an der zusätzliche Räume und die grundlegende Sanierung bestehender Bausubstanz benötigt werden. Geprüft werden sollte außerdem, ob auf dem Areal weitere Räume für die immer stärker nachgefragte Kleinkindbetreuung geschaffen werden können. Die SPD-Fraktion hat bereits vor vier Jahren im Zusammenhang mit dem Baugebiet Lachenfeld darauf hingewiesen, dass hier Handlungsbedarf entstehen werde. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 sind für die Gesamtmaßnahme 3,25 Mio € vorgesehen.

Ebenfalls in der mittelfristigen Finanzplanung sind für die Sanierung und den Umbau des Kindergartens in der Blumenstraße, Blankenloch, insgesamt 1,3 Mio € veranschlagt. Es ist zu hoffen, dass schnell die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die eigentlich überfällige Maßnahme endlich begonnen werden kann.

Wertvolle ehrenamtliche Arbeit wird in den Familienzentren geleistet, die dafür eine geeignete räumliche und sachliche Ausstattung benötigen. Von daher begrüßen wir den Ansatz für das Familienzentrum im alten Rathaus Friedrichstal und regen darüber hinaus an, die barrierefreie Erreichbarkeit zu verbessern.

In Spöck wird die begonnene Sporthallensanierung fortgesetzt. In 2019 wird diese mit der Sanierung der Lüftungsanlage, der Heizung, der Decke und der Beleuchtung abgeschlossen.

In Staffort steht der Neubau einer Mehrzweckhalle an, für die in der mittelfristigen Finanzplanung insgesamt 5,75 Mio € eingestellt sind. Die Halle ist ohne Zweifel für die Schule und Vereine notwendig, kann aber nur im vorgesehenen Zeitrahmen realisiert werden, wenn die beantragten Zuschussmittel des Bundes und Landes genehmigt werden. Für 2019 ist eine Rate für den Planungswettbewerb in Höhe von 250.000 € eingestellt.

Die Ansätze für die Gemeindestraßen, die Straßenbeleuchtung, die Wasserläufe, die Ablagerungsplätze und das Bestattungswesen in allen Stadtteilen tragen wir mit. Der behindertengerechte Ausbau des Marktplatzes Blankenloch, für den 130.000 € veranschlagt sind, ist uns ein wichtiges Anliegen.

Was den Bauhof anbetrifft, so begrüßen wir die Bündelung der Kräfte in einem Zentralen Bauhof. Die in die Jahre gekommenen Räume des alten Bauhofs in Friedrichstal müssten aufwendig saniert werden und im Bauhof Blankenloch stehen ausreichend Räume zur Verfügung. Darüber hinaus ergeben sich organisatorische Vorteile für den Einsatz der Mitarbeiter.

Den Ansätzen für die Festhalle und den Festplatz Blankenloch sowie für die Verlegung des Festhallenparkplatzes, die im Zusammenhang mit dem Neubaugebiet auf dem Neise-Areal stehen, stimmen wir ebenfalls zu. Die Grundsatzentscheidungen dazu sind ja bereits in öffentlichen Gemeinderatssitzungen erfolgt.

Abschließend bei der Betrachtung des Vermögensplanes äußern wir die Hoffnung, dass die Haushaltsansätze für Grundstücksankäufe und –verkäufe annähernd realisiert werden können, wobei gewisse Unsicherheiten und Risiken nicht auszuschließen sind.

Beim Blick auf die Entwicklung des Schuldenstandes sollte uns nicht bange werden. Zwar wird er nach der vorliegenden Planung zum 31.12.2019 eine Summe von etwa 16,5 Mio € erreichen, wird sich aber bis Ende 2022 auf ca. 13,6 Mio € reduzieren.

Haushaltsrede 2019 der SPD-Gemeinderatsfraktion Stutensee

Last but not least will die SPD-Fraktion darauf aufmerksam machen, dass es endlich Zeit ist, nach entsprechender Bürgerversammlung über die viel diskutierte Wasserenthärtungsanlage zu entscheiden. Die Bürger werden langsam ungeduldig und wollen wissen, was Sache ist.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Becker,

sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Tröger,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Geißler,

werte Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir uns in unserer Haushaltsrede auf einige Schwerpunkte beschränkt haben, so bedeutet dies nicht, dass uns andere Haushaltsansätze weniger wichtig sind. In diesem Sinne stimmt die SPD-Fraktion sowohl dem vorliegenden Haushaltsplan als auch dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb „Abwasser Stutensee“ zu.

Bei den Mitarbeitern des Rechnungsamtes unter der Leitung unseres Stadtkämmerers Herrn Hambrecht bedanken wir uns für die bei der Aufstellung der Planwerke geleistete Arbeit.

Bedanken möchten wir uns ebenfalls bei den Kolleginnen und Kollegen für die weitgehend faire und sachliche Zusammenarbeit.

Dank auch für die Aufmerksamkeit

Wolfgang Sickinger